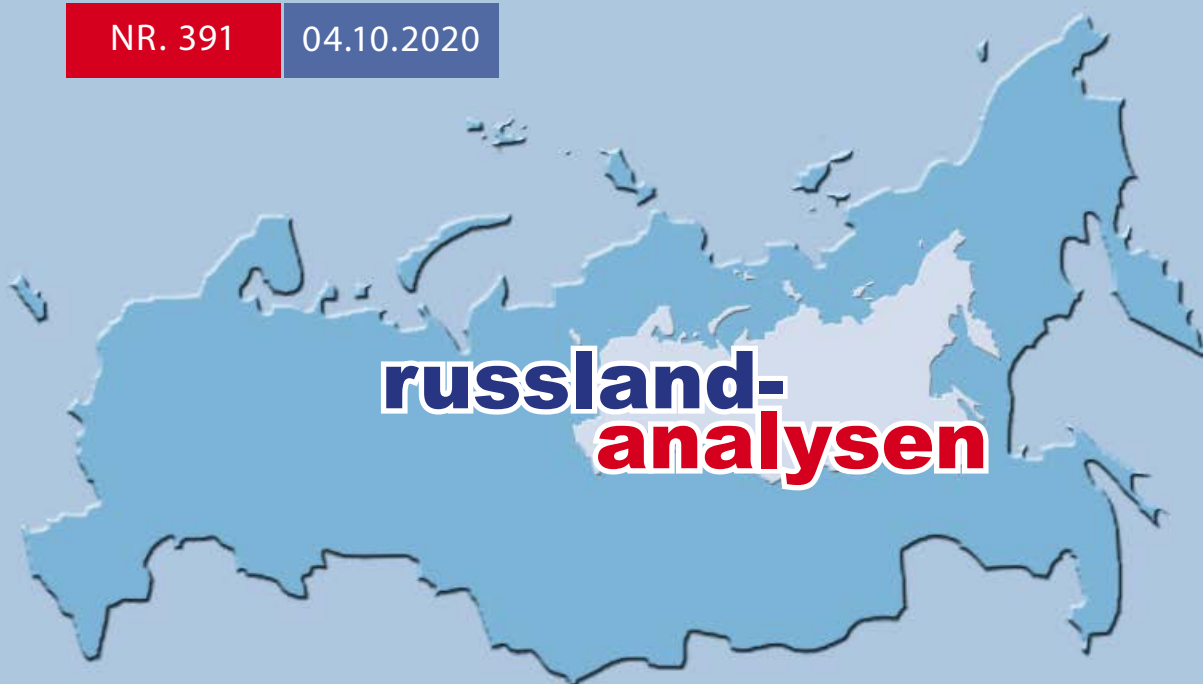



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

REGIONALWAHLEN, REGIONALE WIRTSCHAFT, NAWALNY

■ ANALYSE Die Regionalwahlen vom 13. September 2020 Weitere Erosion des Parteiensystems und elektoraler Autoritarismus unter Quarantäne-Bedingungen Aleksandr Kynew (Stiftung <i>Liberale Mission</i> , Moskau)	2	■ KARTE Gebiete und Städte der Russischen Föderation, in denen am Einheitlichen Wahltag 2020 gewählt wurde	22
■ STATISTIK Registrierung von Kandidaten und Parteien, Wahlergebnisse bei den Regionalwahlen vom 13.09.2020	8	■ DEKODER Alexej Nawalny Jan Matti Dollbaum (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	24
■ ANALYSE Russlands Machtvertikale bröckelt. Die sinkenden Realeinkommen sorgen für Unzufriedenheit Maria Snegovaya (Virginia Polytechnic Institute and State University (Virginia Tech), USA)	11	■ STATISTIK Covid-19 in Russland	27
■ ANALYSE Die öffentlichen Finanzen in den Regionen Russlands 2012–2019 Andrey Yushkov (Indiana University Bloomington, USA)	16	■ CHRONIK Covid-19-Chronik, 14. – 27. September 2020	32
		■ CHRONIK 14. – 26. September 2020	36

Die Regionalwahlen vom 13. September 2020

Weitere Erosion des Parteiensystems und elektoraler Autoritarismus unter Quarantäne-Bedingungen

Aleksandr Kynew (Stiftung *Liberale Mission*, Moskau)

DOI: 10.31205/RA.391.01

Zusammenfassung

Die Regional- und Kommunalwahlen vom 13. September 2020 wiesen zwei zentrale Besonderheiten auf. Zum einen hat sich die Tendenz hin zu einer weiteren systemischen Schwächung der Parteien als politische Institution bei einer gleichzeitigen »Sanierung« des Parteiensystems fortgesetzt. Zweitens fanden die Wahlen vor dem Hintergrund drastisch verschärfter Vorschriften für die Registrierung von Kandidaten und unter neuerlichen Einschränkungen des passiven Wahlrechts sowie einer allgemeinen qualitativen Verschlechterung der Prozeduren statt, die zusätzliche Möglichkeiten für administrativen Druck auf Wähler wie auch für Wahlfälschungen schafft. Dadurch wird das politische System noch weiter personalisiert, während die Wahlergebnisse in noch stärkerem Maße den Beschränkungen des politischen Wettbewerbs und administrativem Druck unterworfen werden.

Insgesamt waren am 13. September 9.086 verschiedene Wahlen und Referenden angesetzt, unter anderem:

- Nachwahlen zur Staatsduma in vier Direktwahlkreisen;
- In 18 Regionen die Direktwahl des Oberhauptes der Region (in weiteren zwei Regionen – im Autonomen Bezirk der Nenzen sowie dem der Chanten und Mansen – wurde das Oberhaupt unter den vom russischen Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten durch die jeweilige Gesetzgebende Versammlung gewählt);
- 11 turnusmäßige Wahlen des Regionalparlaments;
- Turnusmäßige Wahl des Stadtparlaments in 22 Regionshauptstädten;
- In zwei regionalen Hauptstädten – in Machatschkala und Samara – wurden die Stadtteileräte gewählt, aus denen wiederum per Delegierung die Stadtverordnetenversammlung Machatschkala und die Staatsduma Samara gebildet werden.

Fortgesetzte Erosion des Parteiensystems

Bei wichtigen Wahlen kommt (im Grabenwahlsystem Russlands, Anm. d. Redaktion) immer weniger das Verhältniswahlrecht (Listenmandate) zum Einsatz. Somit schwindet der Anteil der Abgeordneten in den Regionalparlamenten, die über Listen gewählt werden; bei Kommunalwahlen fallen Parteilisten immer häufiger vollständig weg. Amtierende Gouverneure stellen sich zudem vermehrt als parteiunabhängige Kandidaten zur Wahl. Beide Entwicklungen entspringen zweifellos taktischen Überlegungen, die durch rückläufige Umfragewerte für *Einiges Russland* angetrieben werden. Die »Partei der Macht« erzielt in Wahlkreisen mit Mehrheitswahlrecht erheblich mehr Mandate als über Listen. Folglich wurde der Anteil der Wahlkreise mit Direktmandaten sukzessive erhöht. Bei den Gouverneurswahlen ist es für die Kandidaten zunehmend aussichtsreicher, als »überparteiliche« Kandidaten anzutreten, um unbequeme »Verbindungen« [mit *Einiges Russland*, Anm. d. Redaktion] zu meiden und unangenehme Fragen aus dem Weg zu gehen. Die Folgen solcher taktischen Entscheidungen haben allerdings eine strategische Dimension. Sie wirken sich auf das Parteiensystem insgesamt

aus und führen zu dessen weiterer Schwächung. Die Staatsmacht demontiert schrittweise die bedeutende Wahlrechtsreform vom Anfang der 2000er Jahre: Seinerzeit war bei Regional- und Kommunalwahlen mit äußerstem Nachdruck die Rolle der Parteien ausgebaut worden. Diese schrittweise Demontage führt zu einer Erosion des Parteiensystems und verstärkter Personalisierung. Unter diesen Umständen dürfte der Wert und die Bedeutung formal registrierter Parteistrukturen (auch jener der »Partei der Macht« *Einiges Russland*) weiterhin zurückgehen.

Bei den Wahlen vom 13. September nahmen die Segmente, in denen nach Verhältniswahl (Liste) gewählt wurde, weiter ab. Dies betrifft vor allem die Wahlen der Kommunalräte in den Hauptstädten jener Regionen, in denen Proteststimmung und unabhängiges Wahlverhalten am stärksten sind. Dort sind die Umfragewerte für *Einiges Russland* am niedrigsten, während die Erfolgsaussichten der anderen Parteien bei einer lediglich symbolischen Abstimmung im Listensegment insgesamt größer sind. In 8 der 22 regionalen Hauptstädte, in denen am 13. September Stadtratswahlen anstanden (u. a. in Nowosibirsk und Nischnij Nowgorod), sind Listenman-

date gänzlich abgeschafft worden. In den übrigen 14 blieb ein gemischtes Grabenwahlsystem erhalten, wobei in 9 dieser Städte der Anteil der Mandate nach Mehrheitswahlsystem größer ist als jener, die nach dem Verhältniswahlrecht zugeteilt werden. In 11 Regionen fanden Wahlen zu den Regionalparlamenten statt. Dabei hatte es für die Wahl zur Gebietsduma Kostroma zuvor eine Reduzierung des Anteils der Mandate nach Verhältniswahlrecht gegeben.

Auch die Zahl der Gouverneurswahlen, bei denen die rechtliche Möglichkeit geschaffen wurde, als unabhängiger Kandidat anzutreten, ist weiter gestiegen. Dabei wurde dies – wie auch früher schon – nur dort zugelassen, wo das Oberhaupt oder das geschäftsführende Oberhaupt einer Region beabsichtigte, als unabhängiger Kandidat anzutreten. Das geschieht für gewöhnlich dort, wo entweder ein »technokratisches« Oberhaupt einer Region sich von *Einiges Russland* zu distanzieren versuchte und/oder die Proteststimmung stark ist. Zudem kandidieren formal Unabhängige in jenen Regionen, in denen der geschäftsführende Gouverneur eine der übrigen Parteien repräsentiert und versucht, über eine partei-unabhängige Kandidatur seine potenzielle Wählerschaft auszuweiten. Dieses Mal waren in 5 der 18 Regionen Gouverneurskandidaten als Unabhängige angetreten (in den Republiken Komi und Tschuwaschien, den Regionen Kamtschatka und Perm sowie im Gebiet Irkutsk). In allen fünf Regionen waren es die Amtsinhaber, die von diesem Recht Gebrauch machten.

Elektoraler Autoritarismus unter Quarantäne-Bedingungen

Vor dem Hintergrund der Quarantäne-Maßnahmen gegen Covid-19 und des Umstands, dass die öffentliche Meinung auf die Bekämpfung der Pandemie gelenkt wurde, sind weitere Verschärfungen der Vorschriften für die Wahlen erlassen worden. Dabei fehlt jeder Hinweis auf deren möglicherweise provisorischen Charakter. Ohnehin bedeuteten die Quarantäne-Beschränkungen (formal als »Regime erhöhter Bereitschaft« bezeichnet) in der Praxis, dass die Parteien und Kandidaten keine öffentlichen Massenveranstaltungen abhalten konnten, während das Regime und dessen Kandidaten in den offiziellen Medien dominant vertreten waren. Der ohnehin nicht sonderlich demokratische und offene Charakter der Wahlprozeduren wurde dadurch weiter beeinträchtigt und die Praktiken des elektoralen Autoritarismus verschärft. Als formale Begründung wurde der Kampf gegen das Coronavirus angeführt.

Mit dem Föderalen Gesetz Nr. 98-FZ vom 1. April wurde die Möglichkeit eingeführt, unter dem »Regime erhöhter Bereitschaft« oder in einem Notstand Wahlen und Referenden zu verschieben. Dabei werden die Fristen dieser Einschränkung in jedem konkreten Fall von

der Wahlkommission festgelegt, und zwar auf Grundlage der spezifischen Bedingungen des Regimes auf dem jeweiligen Gebiet. Die Vollmachten der bis dato gewählten Organe würden dann bis zu deren Neuwahl verlängert. Auf dieser Grundlage wurden sämtliche Wahlen ausgesetzt, die für die Monate April bis Juni angesetzt waren (deren Anzahl wurde mit 102 beziffert). Die Abstimmung über die Verfassungsänderungen, die ursprünglich für den 22. April angesetzt war, wurde abgesagt und dann auf den 1. Juli neu angesetzt. Bei den Kommunalwahlen fand der erste Urnengang seit dem 29. März erst am 12. Juli statt.

Parallel zum »Regime erhöhter Bereitschaft«, dem Verbot öffentlicher Veranstaltungen und der Vereinnahmung der öffentlichen Meinung durch die Covid-19-Pandemie wurden zusätzliche Beschränkungen des passiven Wahlrechts sowie andere Regelungen eingeführt, die die Wählerrechte noch weiter beschneiden und die Teilnahmebedingungen für Angehörige der Opposition verschlechtern. Das Föderale Gesetz Nr. 153-FZ vom 23. Mai 2020 schreibt vor, dass Personen, die aufgrund eines von 50 Paragrafen des Strafgesetzbuches (eines mittelschweren Verbrechens) zu einem Freiheitsentzug verurteilt wurden, für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren nach Ablauf oder Löschung des Status eines Vorbestraften ihr passives Wahlrecht verlieren. Hier geht es u. a. um jene, die aufgrund offensichtlich politischer Paragrafen verurteilt wurden, etwa im Zusammenhang mit »Verstößen« bei Demonstrationen. Durch das Föderale Gesetz Nr. 154 v. 23. Mai 2020 wurde für Regional- und Kommunalwahlen bei den Unterschriftenlisten der zulässige Grenzwert für »Ausschuss« (also nach Ansicht der Wahlkommissionen fehlerhafte Angaben/Unterschriften) von 10 auf 5 Prozent reduziert, also an den Wert bei landesweiten Wahlen angeglichen (bis Mitte der 2000er Jahre hatte der Grenzwert noch bei 25 % gelegen). Gleichzeitig wurden auch die Vorschriften verschärft, wie die Unterschriftenlisten anzufertigen sind. Die Unterzeichnende muss von nun an nicht nur Unterschrift und Datum eigenhändig in die Liste eintragen, sondern auch Vor-, Vaters- und Nachname. Früher konnten andere Angaben früher vom Unterschriftensammler eingetragen werden.

Zudem ließ dieses Gesetz Teile der »Sonderordnung« für die Volksabstimmung über die Verfassungsreform vom 1. Juli auch für Regionalwahlen zu. Hierzu gehört die massenweise vorzeitige Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals – zwei Tage vor dem Wahltag und praktisch ohne Kontrolle, etwa mit einer mobilen Wahlurne auf Baumstümpfen, Ladeflächen usw. Das Recht zum Erlass dieser Verfahrensordnung hatte die Zentrale Wahlkommission erhalten, obwohl der Wahlzeitraum schon begonnen hatte. Begründet wurde dies mit dem »Gesundheitsschutz für Wähler« und der »Schaf-

fung von möglichst annehmbaren Bedingungen«. Diese Verordnung über eine praktisch uneingeschränkte vorzeitige Stimmabgabe am 11. und 12. September hatte die Zentrale Wahlkommission bereits am 24. Juli erlassen, in der Mitte des Wahlzeitraums. Dadurch wurden die Regeln für die Wahlen praktisch geändert, als der Wahlprozess schon im Gange war.

Zudem gab es zahlreiche Fälle, in denen offener Druck auf politisch und gesellschaftlich engagierte Personen mit dem Urnengang zusammenfiel: Zu nennen wären das Strafverfahren gegen die Moskauer kommunale Abgeordnete Julija Galjamina (wegen angeblich mehrfacher Verstöße gegen die Vorschriften für Demonstrationen), die gegen die Verfassungsänderungen aufgetreten war; das Verfahren gegen den Polittechnologen Sergej Bepalow, Stabschef von Alexej Nawalnyj im Gebiet Irkutsk (angeblich wegen eines Überfalls auf eine Aktivistin der ultraputinistischen *Nationalen Befreiungsbewegung* (NOD), wobei bei diesem Verfahren jedwede Beweise fehlen und die Aussage der Aktivistin von sämtlichen Zeugen widerlegt wird); die Durchsuchung von Büros der Organisation *Offenes Russland* sowie von Wohnungen ihrer Aktivisten (Vertreter von *Offenes Russland* haben in mehreren Regionen bei den Wahlen vom 13. 09. kandidiert).

Auch die Festnahme des Chabarowsker Gouverneurs Sergej Furgal am 9. Juli – Furgal war der beliebteste Gouverneur in Russland und hatte 2018 mit 68 Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang gegen seinen Amtsvorgänger Wjatscheslaw Schport von *Einiges Russland* gesiegt –, sowie der Giftanschlag auf Alexej Nawalnyj, einen der Anführer der außersystemischen Opposition, am 20. August während dessen Wahlkampfreise durch die Regionen fielen zum Teil in die Phase der Nominierung der Kandidaten für die Gouverneurswahlen und sind offensichtliche Akte der Einschüchterung. Sie können auch als unzweideutiges Signal an die regionalen Eliten und die Opposition betrachtet werden, dass ein wirkliches Opponieren gegen die Zentralmacht und die von ihr genehmigten Kandidaten große Probleme nach sich ziehen werden.

»Sanierung« des Parteiensystems

Nachdem die Vorschriften zur Registrierung von Parteilisten und Parteikandidaten im Mai 2014 geändert wurden, haben die meisten neuen Parteien ihre Vorzugsbedingungen bei der Registrierung von Kandidaten oder Listen verloren. Dementsprechend gibt es für Kandidaten erheblich weniger Gründe, sich von einer Partei ohne diese Vorzugsbedingungen nominieren zu lassen, da dies jetzt sogar ungünstiger ist als eine unabhängige Kandidatur (Eigennominierung). Eine Kandidatin ohne Vorzugsbedingungen ist dazu verpflichtet, Unterschriften zu sammeln. Ebenso muss die Kandidatin ein

umfangreiches Paket an Unterlagen über ihre Ausgaben, Einnahmen und Vermögen sowie die ihrer Familienangehörigen einreichen. Die Nominierung durch eine Partei macht ein drittes Paket mit Informationen über die Partei notwendig: Kopien der Registrierungsdokumente, Bescheinigungen, Protokolle usw. Jedes zusätzliche Dokument verursacht nicht nur organisatorischen und finanziellen Aufwand, sondern erhöht auch das Risiko, dass darin Fehler festgestellt werden und die Registrierung verweigert wird. Es verwundert nicht, dass die Parteien nun in eine politische Ohnmacht fielen. Es wurden fast keine neuen Parteien mehr registriert: die Anreize dafür sind geschwunden, und ein Teil der Parteien konnte zudem nicht den Gesetzesanforderungen genügen. Die Justizbehörden legten zum Teil einen demonstrativen Unwillen an den Tag, Parteien zu registrieren, so etwa beim Versuch von Anhängern Nawalnyjs, eine Partei zu gründen. Einige Parteien erlebten eine unverhohlene Säuberung und praktisch die politische Vernichtung (Rückzug von Michail Prochorow und dessen Anhängern aus der *Bürgerplattform*; Weigerung des Justizministeriums, die Ergebnisse des Parteikongresses der *Bürgerinitiative* hinsichtlich der Wahl von Dmitrij Gudkow zum Parteiführer zu bestätigen). Stellten Parteien ihre Teilnahme an Wahlen ein, so waren sie damit zur Auflösung in den Jahren 2019/20 verdammt. Die meisten neuen Parteien waren in den Jahren 2012 und 2013 registriert worden, wobei per Gesetz vorgeschrieben ist, dass sie zur Beibehaltung des Parteistatus im Lauf von sieben Jahren die erforderliche Mindestmenge an Wahlteilnahmen vorzuweisen haben, nämlich: entweder die Registrierung einer Parteiliste bei Duma-wahlen oder eines Kandidaten bei Präsidentschaftswahlen; oder die Registrierung von 9 Kandidaten bei Gouverneurswahlen; oder die Präsenz auf dem Stimmzettel bei 17 regionalen Parlamentswahlen oder bei 43 kommunalen Wahlen.

Nach einer Reihe von Parteiaufösungen sind laut Angaben der Zentralen Wahlkommission am 1. Juni dieses Jahres 44 Parteien auf der Liste der zur Teilnahme an Wahlen berechtigten Parteien verzeichnet gewesen (am 17. Juli waren es nur noch 41 – gegenüber 59 Parteien am 30. Mai 2019).

Ungeachtet des Rückgangs der registrierten Parteien und des Ausbleibens neuer Registrierungen erfolgte Anfang 2020 plötzlich die Gründung von vier neuen Parteien. Bei allen vier Neugründungen waren eindeutig Politiker und Polittechnologen beteiligt, die dem Regime nahestehen. Im März und April wurden folgende Parteien registriert: *Nowyje ljudi* (»Neue Leute«), *Sa prawdu* (»Für die Wahrheit«), *Seljonaja alternatiwa* (»Grüne Alternative«) und die *Partija prjamoj demokratii* (»Partei der direkten Demokratie«). Die Partei *Für die Wahrheit* wurde von dem Schriftsteller Sachar Pri-

lepin angeführt, der offen an Kampfhandlungen in der Ostukraine teilgenommen hatte. Prilepin hat eine Verbindung zwischen seinem politischen Projekt und dem Präsidentenberater Wladislaw Surkow dementiert und behauptet, dass er mit Surkow bereits während seiner Zeit im Donbas in Konflikt geraten sei. Die gemäßigt liberale Partei *Neue Leute* wurde auf Initiative von Alexej Netschajew gegründet, dem Besitzer des Kosmetikunternehmens *Faberlic*. An der Spitze des Projektes *Partei der direkten Demokratie* stand Wjatscheslaw Makarow, Entwickler einer Reihe populärer Computerspiele und nun schon ehemaliger Produktdirektor für *World of Tanks* bei der Firma *Wargaming.net*. Die Partei *Grüne Alternative* wurde von dem Polittechnologen Ruslan Chwostow angeführt, einem ehemaligen Mitglied der Bewegung *Mestnyje* (»Die Hiesigen«) aus dem Moskauer Umland. Zum öffentlichen Gesicht dieser Quasi-Umweltschutzpartei wurde der bekannte Maler und Autor politisatirischer Bilder Wassja Loschkin (eigentlich: Alexej Kudelin).

Die neuen Parteien hatten innerhalb eines halben Jahres in mindestens 43 Föderationssubjekten Regionalverbände zu gründen, um an Wahlen teilnehmen zu können. Diesen Prozess (der seit der Verabschiedung des Parteiengesetzes 2001 für viele neue Parteiprojekte zum Stolperstein geworden war) haben die vier neuen Parteien äußerst schnell durchlaufen, praktisch in anderthalb Monaten. Sie haben ihre Regionalverbände unter Quarantäne-Bedingungen bei den Justizbehörden registrieren lassen können, als in den Regionen viele offizielle Einrichtungen geschlossen waren.

Es ist davon auszugehen, dass diese »Sanierung« des Parteiensystems sowohl auf ein objektives »Absterben« jener Parteien zurückzuführen ist, die vor 2012/13 gegründet und dann vernachlässigt wurden, als auch auf Versuche, nicht genehme und nicht kontrollierbare Nominierungskanäle für Kandidaten auszuschalten. Gleichzeitig besteht für das Regime eine objektive Notwendigkeit, in der Nische der Protestwähler den Wettbewerb zu erhöhen und die Proteststimmen zu streuen. Die Frage ist, warum hierzu neue Parteien gegründet und nicht alte Parteien (etwa die *Grünen*, *Bürgerkraft*, die *Wachstumspartei*, *Rodina* usw.) wiederbelebt wurden. Womöglich liegt es daran, dass Personaländerungen bei den für die Innenpolitik verantwortlichen Bürokraten der Präsidialadministration automatisch auch einen Wechsel der Auftragnehmer bedeutet, die die polittechnologischen Projekte dann umsetzen.

Ergebnisse der Wahlen

Die äußerst kompakten und hinsichtlich der Wahlkampfmöglichkeiten eingeschränkten Wahlen stachen vor allem durch die Teilnahme der vier neuen, im Frühjahr 2020 gegründeten Parteien hervor. Bei den 11 regio-

naln Parlamentswahlen wurden 125 Parteilisten nominiert (11,4 pro Region), von denen 93 auch registriert wurden (8,45 pro Region). Eine Liste wurde später durch einen Beschluss des Obersten Gerichtshofes von den Wahlen ausgeschlossen. Diese Werte sind besser als die der Jahre 2016 – 2019 und verweisen darauf, dass das Niveau der Jahre 2014 und 2015 wieder erreicht wurde. Alle Parteien, die bei der Registrierung über Vorzugsbedingungen verfügten, haben ihre Kandidatenlisten registrieren lassen können. Alle Fälle, in denen Listen oder Kandidaten ausschieden oder nicht registriert wurden, sind auf die überaus strengen Anforderungen bei einer Registrierung aufgrund von Unterschriftenlisten zurückzuführen, die im Mai 2020 weiter verschärft worden waren. Insgesamt haben die Parteien versucht, 71 Kandidatenlisten aufgrund von Unterschriften registrieren zu lassen, von denen dann 39 registriert wurden; eine Registrierung wurde später per Gerichtsentscheid zurückgenommen (somit sind 43,6 % ausgeschieden). In 13 Fällen wurden Registrierungsanträge abgelehnt. 19 Listen haben keine Registrierung beantragt oder es wurde ihnen eine Beglaubigung der Unterlagen verweigert. Unter den 125 Listen wurden 20 von den vier neuen Parteien aufgestellt (17 wurden registriert, 3 erhielten eine Absage).

Bei den Stadtratswahlen in den regionalen Hauptstädten (jenen mit gemischtem oder Verhältniswahlssystem) wurden in 14 Städten 116 Listen nominiert (im Schnitt 8,29 pro Stadt), von denen 99 registriert wurden (7,07 pro Stadt). Die Quote der Nichtregistrierung betrug somit in dieser Phase 14,7 Prozent.

Hinsichtlich der Kandidatenregistrierung bei den wichtigsten Wahlen (in Wahlkreisen mit Mehrheitswahlssystem) ergibt sich allgemein das Bild, dass sich, nachdem im Mai 2020 hier die Vorschriften verschärft worden waren, die Situation im Vergleich zu 2017–2019 wieder verschlechtert hat. Die Daten zur Nichtzulassung kommen hier wieder den Spitzenwerten von 2015–2016 nahe. In diesem System hatten praktisch 9 von 10 Kandidaten der Parteien ohne Vorzugsbedingungen bei der Registrierung keine Chance, es bis auf den Stimmzettel zu schaffen (s. Tabelle 1 und 2 auf S. 8). Bei den Stadtratswahlen in den regionalen Hauptstädten war die Lage ein wenig besser, wohl, weil hier die absolute Zahl der erforderlichen Unterschriften geringer ist. Auffällig ist, dass bei den Kandidatennominierungen in den Direktwahlkreisen die neue Partei *Neue Leute* bei den wichtigsten Wahlen den fünften Platz belegte, direkt nach den Dumaparteien. Gleichzeitig wurden jedoch 91 Prozent ihrer Anwärter für die Regionalparlamente und 73 Prozent der Bewerber für die Stadträte der regionalen Hauptstädte nicht als Kandidaten registriert. Das kann zweierlei bedeuten. Zum einen zeigt es, dass das neue Registrierungssystem selbst für jene Par-

teien, die sogar auf föderaler Ebene eine gewisse Protektion genießen, viel zu streng ist. Zweitens könnte es belegen, dass Wohlwollen auf föderaler Ebene keineswegs eine administrative Obstruktion bei der Kandidatenregistrierung auf lokaler Ebene ausschließen muss, da hier die örtliche Bürokratie daran interessiert ist, die Wahlergebnisse zugunsten der vorab festgelegten und mit ihr abgestimmten Kandidaten zu dirigieren. Die innere Autonomie von Parteien, die über gewisse föderale Ressourcen verfügen, scheint also im Widerspruch zum Bestreben der lokalen Bürokratie zu stehen, unmittelbar festzulegen und zu verabreden, wer zu den Kandidaten gehört. Auch *Jabloko*, die *Russische Rentnerpartei für soziale Gerechtigkeit* sowie die *Wachstumspartei* mussten in den Direktwahlkreisen eine hohe Zahl an nicht zugelassenen Kandidaten verzeichnen.

Die Gouverneurswahlen standen unter strikter administrativer Kontrolle. In den 18 Regionen waren insgesamt 146 Kandidaten nominiert worden (im Schnitt 8,1 pro Region), anfänglich wurden 91 von ihnen registriert (5,05 pro Region). Beim Schritt von der Nominierung zur Registrierung betrug die Nichtregistrierungs-Quote somit 55 Kandidaten (37,6%). Dann, bereits nach der Registrierung, zogen im Gebiet Irkutsk zwei Anwärter ihre Kandidatur zugunsten des geschäftsführenden Gouverneurs Igor Kobsew zurück. Gleichzeitig hatte *Einiges Russland* in den fünf Regionen, in denen die geschäftsführenden Gouverneure per Eigennominierung kandidierten, keine Kandidaten nominiert, wie auch im Gebiet Smolensk, wo der amtierende Gouverneur von der LDPR aufgestellt wurde. Also galt weiterhin die Regel: *Einiges Russland* wird niemals eigene Kandidaten gegen amtierende Gouverneure aufstellen, selbst wenn diese von anderen Parteien oder eigenständig nominiert worden waren. Insgesamt hatte *Einiges Russland* 12 Gouverneurskandidaten. Bei der Nichtzulassung von Kandidaten der Dumaparteien (6) wiederholte sich im Großen und Ganzen der Rekord von 2019. Dieses Mal waren 5 der 6 Nichtzugelassenen von der KPRF. In den Jahren zuvor war gewöhnlich nur einem der Kandidaten der KPRF die Registrierung verweigert worden; 2019 waren es gleich drei gewesen. Wir können also sagen, dass sich die Haltung des Regimes zur KPRF drastisch verschlechtert hat.

Die Wahlen haben gezeigt, dass sich mit ganz wenigen Ausnahmen nahezu überall die Tendenz zu einer niedrigen Wahlbeteiligung fortgesetzt hat. Diese lag jetzt oft noch niedriger als bei den entsprechenden Wahlen 2015.

Nach Angaben der Wahlbeobachter-Bewegung *Golos* wurden die Abstimmungen in einigen Regionen von einer verstärkten Obstruktion der Arbeit von Wahlbeobachtern und Medienvertretern begleitet. Besonders häufig entstanden Probleme, wenn versucht wurde, die

vorzeitige Stimmabgabe zu kontrollieren, die dieses Mal einen entscheidenden Einfluss auf den Wahlausgang hatte. Die Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals im Lauf der zwei Tage vor dem Wahltag war von einer Vielzahl Signalen geprägt – von Stimmabgaben unter Druck (wenn administrativ abhängige Wahlberechtigte zur Stimmabgabe genötigt werden) und von unmittelbaren Wahlfälschungen (Einwurf zusätzlicher und Fälschung abgegebener Stimmzetteln). Bei den meisten größeren Wahlen lag die Anzahl derjenigen, die vorzeitig ihre Stimme abgaben (u. a. außerhalb des Wahllokals), über der Zahl derjenigen, die am »regulären« Wahltag zur Urne gingen. Dergleichen wurde in Russland zum ersten Mal beobachtet und droht jetzt zu einer »neuen Norm« zu werden (s. Grafik 1 auf S. 9).

Sämtliche Gouverneurswahlen – bei denen es fast keinen realen Wettbewerb gab – endeten, wie zu erwarten, mit Siegen der Amtsinhaber. In einer Reihe von Fällen war dies nach Meinung unabhängiger Wahlbeobachter wohl eher die Folge von Fälschungen als das wirkliche Ergebnis.

Bei den regionalen Parlamentswahlen und den Kommunalratswahlen herrschte in höherem Maße Wettbewerb (s. Tabelle 3 auf S. 9 und 4 auf S. 10).

Der Ausgang der Wahlen lässt den Schluss zu, dass *Einiges Russland* bei einer geringen Wahlbeteiligung seine Dominanz aufrechterhält. Die Ergebnisse für *Einiges Russland* sind 2020 vergleichsweise besser als die Werte von 2019 und liegen eher im Bereich der Ergebnisse bei den Dumawahlen 2016 und weniger bei denen der entsprechenden letzten Wahlen des Jahres 2015. Gegenüber den regionalen Parlamentswahlen von 2015 betrug der Rückgang rund 11,5 Prozent. Dabei fällt auf, dass das Bild 2019 im Vergleich zu den Dumawahlen 2016 ein anderes war: Dies ist vielfach darauf zurückzuführen, dass 2019 in einer großen Zahl »anormaler Regionen« gewählt wurde (u. a. in den nationalen Republiken des Nordkaukasus und der Wolgaregion), in denen die Ergebnisse der »Partei der Macht« bei landesweiten und Regionalwahlen sich stets stark unterscheiden. In diesen Regionen weisen die Regionalwahlen formal in der Regel einen stärkeren Wettbewerbscharakter auf, während bei landesweiten Wahlen formal eine Hyperloyalität zur föderalen Partei der Macht demonstriert wird (s. Tabellen 5a und 5b auf S. 10).

Für die Parteien der »alten Systemopposition« hingegen sind die Wahlergebnisse 2020 sehr besorgniserregend. 2019 war deutlich sichtbar, dass die Stimmenverluste von *Einiges Russland* bei den Regionalwahlen zwischen 2014 und 2019 gleichzeitig zu annähernd vergleichbaren Stimmengewinnen der KPRF und der LDPR geführt haben. Die Gewinne erfolgten eher zugunsten der KPRF, während der Löwenanteil der Zugewinne der LDPR auf eine einzige Region entfiel, die

Region Chabarowsk, wo man vor allem für den populären – heute schon ehemaligen – Gouverneur Sergej Furgal stimmte. Auch *Gerechtes Russland* verzeichnete leichte Zugewinne. 2020 bedeuteten die gegenüber den Regionalwahlen von 2015 verlorenen Stimmen von *Einiges Russland* allerdings fast keine Zugewinne für KPRF und LDPR, während *Gerechtes Russland* sogar 2 Prozentpunkte einbüßte.

Die verlorenen Stimmen von *Einiges Russland* gingen nun sowohl an die im Jahr 2020 neugegründeten wie auch an andere, bereits bestehende Parteien. Insbesondere die Enttäuschung über die alten Parteiführer [Gennadij Sjuganow, KPRF, und Wladimir Schirinowski, LDPR, Anm. d. Redaktion] verlieh diesen Parteien Auftrieb. Hauptnutznießer waren die Parteien, die zwar keine markanten landesweiten oder regionalen Führungspersonlichkeiten vorzuweisen hatten, dafür aber auch keine »negative Popularität« besaßen: Insbesondere sind das die neue, gemäßigt liberale Partei *Neue Leute* (die in alle vier Regionalparlamente einzog, bei denen ihre Listen bei den Wahlen registriert waren) und die links-zentristische *Russische Rentnerpartei für soziale Gerechtigkeit* (RPPSS), die in 7 von 9 Regionen, in denen sie auf dem Stimmzettel stand, ins Parlament einzog, wobei sie oft auf Höhe von *Gerechtes Russland* abschnitt.

Diese Bild wird durch das erfolgreiche Abschneiden unabhängiger Kandidaten und anderer Opposition bei den städtischen Wahlen in Tomsk und Nowosibirsk vervollständigt. Bei den Wahlen zum Stadtrat von Nowosibirsk etwa gab es den Sieg von Sergej Bojko, der zwar Leiter des regionalen Wahlkampfbüros von Alexej Nawalnyj ist, aber als unabhängiger Kandidat antrat

und sich in seinem Wahlkreis gegen Renat Sulejmanow durchsetzte, die Nummer Zwei der regionalen KPRF-Organisation. In Tambow errang die Partei *Rodina* des ehemaligen Tambower Bürgermeisters Maxim Kosenkow einen deutlichen Sieg (44 % nach Listenmandaten und 17 von 18 Direktmandaten). Bei den Gouverneurswahlen schnitten die neu ernannten Amtsträger in der Regel erheblich besser ab als die »alten« Gouverneure (mit einem Unterschied von fast 20 %).

All dies zeugt davon, dass sich ein bedeutendes Verlangen nach Veränderungen und einer Erneuerung der politischen Elite angestaut hat, das sich in der Folge sowohl gegen das Regime wie auch gegen die »alte« Opposition richtet.

Die jüngsten Wahlen sind zweifellos von besonderer Bedeutung, weil es der letzte größere Urnengang vor den 2021 anstehenden Dumawahlen war. Das gilt sowohl für die Strategie des Regimes, wie auch für das Schicksal der Systemparteien und deren Anführer. Das Regime könnte versuchen, diese Strategie in heutiger Form beizubehalten, oder womöglich einigen der Beteiligten zu einem Neustart zu verhelfen – oder aber sie zu ersetzen. Der naheliegendste Abschiedskandidat ist *Gerechtes Russland*. Als aussichtsreiche Kandidaten für einen Einzug in die Staatsduma können die *Neuen Leute* und die RPPSS gelten. Auch ist höchst wahrscheinlich, dass die Technologien von 2020 zur Wahlfälschung – u. a. ein Urnengang über einen Zeitraum von drei Tagen hinweg – auch 2021 bei den landesweiten Wahlen zum Einsatz kommen werden.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Aleksandr Kynew, geboren 1975, promovierter Politikwissenschaftler. Von 2006 bis 2012 Leiter der Analyseabteilung der Wahlbeobachtungs-Bewegung *Golos*, von 2012 bis 2019 Projektleiter des Wahlmonitorings des Komitees für Bürgerinitiativen (Kudrin-Stiftung). Seit 2019 Projektleiter des Wahlmonitorings der *Stiftung Liberale Mission*.

STATISTIK

Registrierung von Kandidaten und Parteien, Wahlergebnisse bei den Regionalwahlen vom 13.09.2020

Tabelle 1: Verhältnis zwischen Kandidaten, die sich zur Wahl gestellt haben und jenen, die von den Wahlkommissionen registriert wurden; regionale Parlamentswahlen der Jahre 2014–2020, Direktmandate

Kandidaten	Nicht-Registrierung 2014	Nicht-Registrierung 2015	Nicht-Registrierung 2016	Nicht-Registrierung 2017	Nicht-Registrierung 2018	Nicht-Registrierung 2019	Zur Wahl gestellt 2020	Ursprünglich zugelassen 2020	Vorläufige Nicht-Registrierung 2020
Gesamt	33 %	22 %	21 %	8 %	16 %	30 %	1.357	1.082	20,26 %
Parteien mit Präferenzen	8 %	3,7 %	3 %	1 %	4 %	6 %	1.033	1.020	1,25 %
Parteien ohne Präferenzen	77 %	88 %	87 %	57 %	83 %	63 %	219	27	87,7 %
Unabhängige Kandidaten	63 %	63,4 %	66 %	53 %	65 %	63 %	105	35	67 %

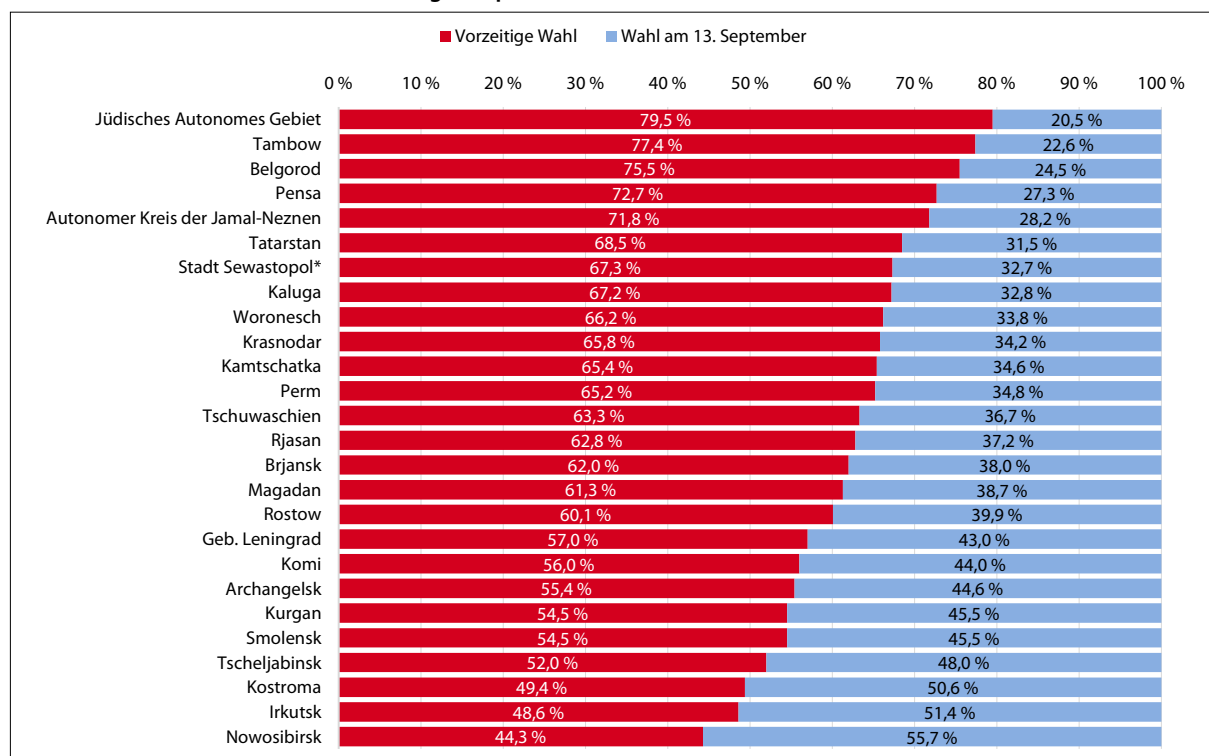
Quelle: Aleksandr Kynew. *Uprawlenie konkurenciej-2020. Polititscheskaja konkurencija, itogi wydwyschenija i registracii na regionalnych i mestnych wyborach 13 sentjabrja 2020 goda*. Stiftung Liberale Mission, 24.08.2020. Abrufbar unter: <http://liberal.ru/reports/7650>

Tabelle 2: (Nicht-)Registrierung von Kandidaten in Wahlkreisen mit Direktmandaten bei den Abgeordnetenwahlen für die gesetzgebenden Versammlungen der Regionen am 13.09.2020; nach Parteien; aggregierte Daten der Zentralen Wahlkommission Russlands

Partei	aufgestellt	registriert
Einiges Russland	239	239
LDPR	227	225
KPRF	219	217
Gerechtes Russland	216	213
Neue Leute	128	11 (91% nicht registriert)
Heimatland	69	64
Russländische Partei der Rentner für soziale Gerechtigkeit	43	26 (39,5% nicht registriert)
Kommunisten Russlands	30	18 (40% nicht registriert)
Jabloko	27	11 (59% nicht registriert)
Für die Wahrheit	17	2
Patrioten Russlands	8	8
Partei des Wachstums	6	1
Demokratische Partei Russlands	4	2
Partei für Gerechtigkeit!	4	3
Partei für sozialen Schutz	4	3
Partei des Fortschritts	3	2
KPSS	2	2
Bürgerplattform	6	-

Quelle: Aleksandr Kynew. *Uprawlenie konkurenciej-2020. Polititscheskaja konkurencija, itogi wydwyschenija i registracii na regionalnych i mestnych wyborach 13 sentjabrja 2020 goda*. Stiftung Liberale Mission, 24.08.2020. Abrufbar unter: <http://liberal.ru/reports/7650>

Grafik 1: Vorzeitige Abstimmung bei den Regionalwahlen am 13. September 2020
Die vorzeitige Abstimmung war mitentscheidend für die Wahlergebnisse bei den Gouverneurswahlen und den Wahlen zu den Regionalparlamenten



* Die ukrainische Stadt Sewastopol (wie auch die Autonome Republik Krim) wurde am 21.03.2014 durch die Russische Föderation annektiert, diese Annexion wird durch die internationale Gemeinschaft nicht anerkannt.

Quelle: Datenbank GAS Wybory der Zentralen Wahlkommission Russlands. Aufbereitet von der Wahlbeobachter-Bewegung Golos, abrufbar unter https://st.golosinfo.org/store/upload/doc/152935/152935_diagramma-dosrochki-2020%20%281%29.png

Tabelle 3: Ergebnisse der politischen Parteien bei den Wahlen zu den Gesetzgebenden Versammlungen der Regionen (Regionalparlamente, in %)

Region	Einiges Russland	KPRF	LDPR	Gerechtes Russland	Außerparlamentarische Parteien
Komi	28,61 %	14,81 %	14,45 %	8,56 %	Grüne Alternative 10,01 %; Rodina 9,83 %; KPSS 4,2 %; Kommunisten Russlands 3,09 %
Belgorod	63,95 %	13,2 %	6,58 %	3,82 %	RPPSS 5,11 %; Für die Wahrheit 4,24 %; Patrioten Russlands 1,08 %;
Woronesch	61,52 %	14,5 %	7,32 %	5,69 %	Partei der Direkten Demokratie 2,29 %; RPPSS 2,22 %; Für die Wahrheit 2,05 %; Rodina 1,93 %
Kaluga	42,43 %	12,9 %	8,6 %	8,01 %	Neue Leute 8,08 %; RPPSS 7,84 %; Für die Wahrheit 2,25 %; Kommunisten Russlands 2,12 %; KPSS 1,87 %; Wachstumspartei 0,86 %; Partei der Direkten Demokratie 0,29 %
Kostroma	31,92 %	17,23 %	12,11 %	9,16 %	RPPSS 8,34 %; Neue Leute 7,46 %; Kommunisten Russlands 3,01 %; Für die Wahrheit 2,11 %; Jabloko 1,89 %; Rodina 0,89 %
Kurgan	44,57 %	19,05 %	14,46 %	10,54 %	RPPSS 8,27 %
Magadan	58,32 %	10,31 %	11,61 %	7,25 %	RPPSS 4,79 %; Für die Wahrheit 1,79 %; KPSS 1,77 %
Nowosibirsk	38,13 %	16,63 %	13,58 %	6,12 %	Neue Leute 6,92 %; RPPSS 5,69 %; Rodina 3,24 %; Die Grünen 2,64 %; Für die Wahrheit 1,97 %; Wachstumspartei 1,37 %
Rjasan	47,65 %	9,07 %	11,99 %	5,7 %	Für die Wahrheit 6,92 %; Neue Leute 5,72 %; RPPSS 5,35 %; Kommunisten Russlands 4,08 %; Wachstumspartei 0,87 %; Partei der Direkten Demokratie 0,3 %
Tscheljabinsk	42,58 %	11,87 %	11,31 %	14,79 %	RPPSS 5,7 %; Grüne Alternative 5,36 %; Für die Wahrheit 2,08 %; Wachstumspartei 1,69 %; Rodina 0,71 %
Autonomer Kreis der Jamal-Neznen	64,64 %	8,83 %	15,31 %	6,05 %	KPSS 1,52 %; Wachstumspartei 1,01 %; Rodina 0,82 %

*Fettgedruckt sind die Listenergebnisse derjenigen Parteien, die die Sperrklausel von fünf Prozent überwinden konnten. RPPSS steht für die Russländische Partei der Rentner für Soziale Gerechtigkeit, KPSS für Kommunistische Partei für soziale Gerechtigkeit (Spoilerpartei der KPRF)

Quelle: Zusammenstellung durch Aleksandr Kynew

Tabelle 4: Ergebnisse der politischen Parteien bei Kommunalwahlen in den regionalen Hauptstädten (in %)

Stadt	Einiges Russland	KPRF	LDPR	Gerechtes Russland	Außerparlamentarische Parteien
Syktykwar (Komi)	28,71 %	17,71 %	13,77 %	13,83 %	Rodina 12,56 % ; Kommunisten Russlands 4,8 %
Kasan (Tatarstan)	68,65 %	13,45 %	3,53 %	9,99 %	Kommunisten Russlands 2,97 %
Ischewsk (Udmurtien)	39,27 %	17,37 %	20,38 %	9,48 %	Kommunisten Russlands 4,6 %; Patrioten Russlands 3,7 %; Rodina 1,26 %
Tscheboksary (Tschuwaschien)	35,48 %	16,43 %	13,09 %	12,32 %	RPPSS 9,19 % ; Kommunisten Russlands 2,43 %; Jabloko 1,73 %; Patrioten Russlands 1,65 %; Wachstumspartei 1,11 %; Rodina 0,8 %; Bürgerplattform 0,58 %
Krasnodar	55,76 %	20,99 %	9,41 %	6,14 %	Neue Leute 4,97 %
Woronesch	36,81 %	23,04 %	10,8 %	14,08 %	Rodina 5,46 % ; Jabloko 3,44 %
Iwanowo	47,6 %	17,62 %	12,06 %	6,58 %	RPPSS 5,75 % ; Die Grünen 2,89 %; Kommunisten Russlands 2,67 %; Rodina 1,85 %
Kaluga	30,11 %	12,31 %	8,83 %	11,5 %	Neue Leute 10,1 % ; RPPSS 7,48 % ; Jabloko 2,91 %; KPSS 2,9 %; Kommunisten Russlands 1,62 %; Wachstumspartei 1,13 %
Orenburg	45,43 %	20,39 %	9,49 %	10,86 %	RPPSS 6,97 % ; Patrioten Russlands 2,43 %
Orel	41,06 %	18,99 %	7,57 %	17,29 %	RPPSS 5,01 % ; Die Grünen 2,36 %; Jabloko 1,65 %; Patrioten Russlands 0,96 %; Demokratische Partei Russlands 0,62 %
Rostow am Don	49,87 %	19,04 %	11,01 %	10,27 %	Kommunisten Russlands 7,47 %
Smolensk	32,23 %	28,89 %	12,35 %	6,84 %	RPPSS 7,92 % ; Kommunisten Russlands 4,08 %; Wachstumspartei 1,95 %; Rodina 1,09 %
Tambow	23,42 %	10,62 %	7,21 %	7,14 %	Rodina 44,18 % ; Für die Wahrheit 2,91 %
Tomsk	24,46 %	17,54 %	14,36 %	11,19 %	Neue Leute 15,02 % ; Jabloko 9,34 % ; Wachstumspartei 5,32 %

*Fettgedruckt sind die Listenergebnisse derjenigen Parteien, die die Sperrklausel von fünf Prozent überwinden konnten. RPPSS steht für die Russländische Partei der Rentner für Soziale Gerechtigkeit, KPSS für Kommunistische Partei für soziale Gerechtigkeit (Spoilerpartei der KPRF)

Quelle: Zusammenstellung durch Aleksandr Kynew

Tabelle 5a: Gesetzgebende Versammlungen in den Regionen – Durchschnittliche Prozentzahl der Parteien bei den Regionalwahlen am 08.09.2019

Partei	Wahlen zur Staatsduma 04.12.2011	Letzte Regionalwahlen 14.09.2014	Wahlen zur Staatsduma 18.09.2016	08.09.2019	Unterschied 2014 zu 2019	Unterschied 2016 zu 2019
Einiges Russland	62,53 %	68,23 %	62,85 %	51,91 %	-16,32 %	-10,94 %
KPRF	16,49 %	9,47 %	13,2 %	15,51 %	+6,04 %	+2,31 %
LDPR	8,13 %	6,79 %	10,16 %	14,92 % (Chabarowsk 56,12 %; ohne Chabarowsk 11,18 %)	+8,13 % (ohne Chabarowsk +4,34 %)	+4,76 % (ohne Chabarowsk +1,02 %)
Gerechtes Russland	8,9 %	4,68 %	3,65 %	6,26 %	+1,58 %	+2,6 %

Tabelle 5b: Gesetzgebende Versammlungen in den Regionen – Durchschnittliche Prozentzahl der Parteien bei den Regionalwahlen am 13.09.2020

Partei	Wahlen zur Staatsduma 04.12.2011	Vergangene Regionalwahlen 13.09.2015)	Wahlen zur Staatsduma 18.09.2016	13.09.2020	Unterschied 2015 zu 2020	Unterschied 2016 zu 2020
Einiges Russland	46,56 %	59,11 %	47,1 %	47,66 %	-11,45 %	+0,56 %
KPRF	18,75 %	12,33 %	14,75 %	13,49 %	+1,16 %	-1,26 %
LDPR	13,75 %	9,91 %	15,67 %	11,57 %	+1,66 %	-4,1 %
Gerechtes Russland	13,35 %	9,83 %	8,27 %	7,8 %	-2,03 %	-0,47 %

Quelle: Zusammenstellung durch Aleksandr Kynew

Russlands Machtvertikale bröckelt. Die sinkenden Realeinkommen sorgen für Unzufriedenheit

Maria Snegovaya (Virginia Polytechnic Institute and State University (Virginia Tech), USA)

DOI: 10.31205/RA.391.02

Zusammenfassung

Wirtschaftliche Faktoren sind für die Unterstützung föderaler Behörden in den russischen Regionen bedeutsam. Wladimir Koslow und Maria Snegovaya zeigen in einer Studie über die Wahlergebnisse von Gouverneurskandidaten, die vom Kreml unterstützt wurden, dass die Wahlergebnisse der Kreml-Kandidaten und die Entwicklung der real verfügbaren Einkommen in einem signifikanten Zusammenhang stehen. Die Ergebnisse dieser Studie werden dann auf die Regionalwahlen am 13. September 2020 übertragen. Der Kreml war aufgrund der durch die Pandemie hervorgerufene Wirtschaftskrise gezwungen, auf massive und bisher beispiellose Wahlmanipulation zurückzugreifen, um den vom Kreml vorher ernannten Kandidaten ins Amt zu helfen. Die Krise war Anlass dafür, dass derart einschneidend in die Wahlgesetzgebung eingegriffen wurde wie schon seit 25 Jahren nicht mehr. Bei Wahlen, die vom Kreml weniger direkt kontrolliert wurden, wie etwa zu den Regionalparlamenten und den Stadträten, waren die Ergebnisse für Kandidaten, die vom Kreml unterstützt wurden, weniger überzeugend. Die Risiken bei Wahlen werden für den Kreml in der Zukunft zunehmen, je mehr sich die sozioökonomische Lage verschlechtert und die Opposition sich weiter mobilisiert.

Sinkende Realeinkommen, Wahlergebnisse und Wahlmanipulationen

Es gibt immer mehr Anzeichen dafür, dass sich die Lage in den russischen Regionen weiter destabilisiert. 2019 rollte nach fünf Jahren der wirtschaftlichen Stagnation in Folge eine Protestwelle durch das Land. Im Jahr 2020 erodierte die Unterstützung für die Staatsvertreter der Zentralregierung weiter. Dies lässt sich vor allem auf die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage zurückführen: Durch die Pandemie war die wirtschaftliche Aktivität in vielen Bereichen zeitweise zum Erliegen gekommen, zudem fielen die Ölpreise. In einer gemeinsamen Analyse mit dem russischen Wahlstatistiker Wladimir Koslow untersuchten wir die Faktoren, die in den Jahren 2012 bis 2018 einen Wahlsieg von Gouverneurskandidaten, die vom Kreml unterstützt wurden, begünstigten. Dabei konnten wir zeigen, dass es eine positive Korrelation zwischen der Dynamik der verfügbaren Realeinkommen und den Wahlergebnissen für Kreml-Kandidaten gibt. Durch die Krise sanken im zweiten Quartal 2020 die verfügbaren Realeinkommen, was wiederum das Risiko für die Kandidaten bei den Gouverneurswahlen am 13. September erhöhte. Der Kreml war sich dieses Risikos bewusst und verabschiedete neue Gesetzesänderungen, die den Bewegungsspielraum für unabhängige Kandidaten, an Wahlen teilzunehmen, deutlich verringerten und gleichzeitig die Möglichkeiten für Wahlmanipulationen erweiterten. Einige Beobachter sprechen deswegen davon, dass die Wahlen im September 2020 unter den schlechtesten gesetzlichen Rahmenbedingungen der letzten 25 Jahre stattfanden. Dies war das Unterpfand dafür, dass die vom Kreml ernann-

ten Interimsgouverneure sämtlich in der ersten Wahlrunde gewannen. Ohne massive Manipulation hätten die Gouverneurswahlen allerdings auch so ausgehen können wie im Jahr 2018, als vier der Kreml-Kandidaten in der ersten Runde keine ausreichende Unterstützung für sich mobilisieren konnten.

Warum Russlands Regionen wichtig sind

2019 ist die Unzufriedenheit mit dem politischen System in Russland gewachsen und hat eine Protestwelle angeheizt, die sich mit Ausnahme von zwei Regionen auf alle Föderationssubjekte Russlands ausbreitete. Die Proteste waren meist gegen die föderalen Behörden gerichtet und reichten von Moskau, Archangelsk über Jekaterinburg bis hin zu den Republiken Kalmückien und Ingušetien. Dieser Trend verschärfte sich im Jahr 2020. Mitte Juli begannen in der fernöstlichen Stadt Chabarowsk Proteste gegen die Verhaftung des Gouverneurs Sergej Furgal, aber auch gegen politische Repressionen. Die Proteste weiteten sich zu einem bisher beispiellosen Ausmaß aus: Bis zu 10 Prozent der Einwohner von Chabarowsk gingen auf die Straße; zwischen Mitte Juli und Ende August gab es über 50 Protestaktionen. Welche Rolle spielt nun die regionale wirtschaftliche Lage bei dieser Entwicklung? Generell haben Beobachter bisher davon abgesehen, die Neigung zu Protesten mit wirtschaftlichen Erklärungsfaktoren in Verbindung zu bringen. Die meisten Proteste der letzten Zeit hatten nicht die Wirtschaft auf der Agenda, es ging um Themen wie Umwelt, Regionalpolitik oder Bürgerrechte (http://trudprava.ru/images/content/Monitoring_2_Quart_2019.pdf). Obwohl der konkrete Anlass der

meisten lokalen Proteste nicht wirtschaftlicher Natur ist, stellt die Wirtschaft eine Hintergrundbedingung dar. Die Enttäuschung über die ökonomische Lage kann somit große Proteste begünstigen.

Unsere Untersuchung zeigt, dass sinkende verfügbare Realeinkommen die Unterstützung für die föderalen Behörden in den Regionen bei Wahlen verringern. Gouverneurswahlen sind aus verschiedenen Gründen relevant: Erstens weisen die russischen Regionen substanzielle Unterschiede in der Regimequalität auf, obwohl es Ähnlichkeiten bei den politischen Institutionen, der Ideologie oder der historischen Hinterlassenschaften gibt. Die subnationale Ebene bietet zudem hinreichende Daten für quantitative Analysen. Zweitens spiegeln regionale Dynamiken oft politische Prozesse auf der föderalen Ebene wider, manchmal fungieren sie sogar als Vorboten. Zum Beispiel verstärkte der autoritäre Trend in den Regionen Anfang der 2000er Jahre die zunehmende Kontrolle über die Politik auf nationaler Ebene. Und schließlich signalisierten russische Regionen vermehrt wirtschaftliche Schwierigkeiten, weil die Zentralregierung die Verantwortung für die Umsetzung der Präsidentialerlasse vom Mai 2012 über eine Anhebung der Gehälter auf die Regionen geschoben hatte, und das, obwohl Moskau seit 2015 im Geld schwamm. Dies spricht dafür, dass die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in den Regionen ausgeprägter ist und politische Entwicklungen deswegen schneller darauf reagieren, wie sich die Wirtschaft entwickelt.

Ökonomisches Wählen in Russland

Die Forschung über die Auswirkung der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage auf Wählerpräferenzen hat einige Belege für das sogenannte ökonomische Wählen herausgearbeitet. So stellte zum Beispiel Daniel Treisman fest, dass Wladimir Putins rückläufige Beliebtheitswerte im Jahr 2011 Ausdruck einer größeren wirtschaftlichen Besorgnis der Bevölkerung waren. Das Bewusstsein für eine schwächelnde Wirtschaft führte zu einer geringeren Unterstützung für den Kreml. Zudem wurden die russischen Spitzenpolitiker zunehmend für die wenig zufriedenstellenden wirtschaftlichen und politischen Leistungen verantwortlich gemacht. Einer ähnlichen Logik folgend kann eine zunehmende Unzufriedenheit mit über längere Zeit sinkenden verfügbaren Realeinkommen zu einem Rückgang von Putins Zustimmungswerten führen.

Bei den Gouverneurswahlen im September 2018 hatten die vom Kreml unterstützten Kandidaten die schlechtesten Ergebnisse seit Jahren eingefahren. Dies muss als Ergebnis der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage und der immens unpopulären Anhebung des Rentenalters Mitte 2018 gewertet werden. In sieben von 22 Regionen gewannen die Kreml-Kandidaten

die Wahlen mit einem Wahlergebnis von unter 60 Prozent der Stimmen. Im Gegensatz dazu gab es im Zeitraum von 2012 bis 2017 lediglich sieben Wahlausgänge unterhalb dieser Marke. In vier Regionen war ein zweiter Durchgang erforderlich, obwohl die meisten Prognosen von deutlichen Wahlsiegen ausgegangen waren. Die amtierenden Gouverneure der Regionen Chakasien und Chabarowsk verloren gegen Vertreter der systemischen Opposition, obwohl die Regionalchefs ihre letzten Wahlen im Jahr 2013 deutlich gewonnen hatten. Eine derartige Wahlniederlage war zum letzten Mal im Jahr 2012 vorgekommen. Nun lässt sich fragen, ob dieses niederschmetternde Ergebnis mit der wirtschaftlichen Lage in der jeweiligen Region korreliert. Die Wirtschaftsgeografin Natalia Zubarevich konnte keinen Zusammenhang zwischen den verfügbaren Realeinkommen der Bevölkerung und den Gouverneurswahlen 2018 feststellen (<http://liberal.ru/lm-ekspertiza/stress-test-napol-rossii-tehnologii-elektoralnogo-dominirovaniya-i-ih-ogranicheniya-analiz-regionalnyh-vyborov-2018-g>). Zubarevich geht davon aus, dass die sinkenden Einkommen der Bevölkerung eine negative Hintergrundbedingung darstellten, aber kein unmittelbarer Auslöser für die Protestwahl waren. Allerdings beschränkte sich Zubarevich in ihrer Untersuchung lediglich auf das Jahr 2018. Da wir den Untersuchungszeitraum auf alle Gouverneurswahlen seit 2012 ausgedehnt haben, konnten Wladimir Koslow und ich dieser Frage systematischer auf den Grund gehen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie auf einen Blick

Ursprünglich sind Wahlen der Regionaloberhäupter (Gouverneure) im Jahr 1991 eingeführt worden, russlandweit fanden sie seit 1996 statt, wurden aber 2004 wieder abgeschafft. 2012 wurden die direkten Gouverneurswahlen auf Initiative des damaligen Präsidenten Dmitrij Medwedjew wieder eingeführt, wobei im Folgenden 10 der 85 Regionen Russlands die direkte Wahl durch eine indirekte Abstimmung in den Regionalparlamenten ersetzt. Welche Faktoren beeinflussten nun das Wahlverhalten in Bezug auf die Kreml-Kandidaten? Um dies herauszufinden, untersuchten wir die russischen Regionen hinsichtlich des Einflusses von sinkenden verfügbaren Realeinkommen auf die Wahlergebnisse von Kremlkandidaten bei Gouverneurswahlen. Dafür stellten wir einen Datensatz zusammen, der von 2012 bis 2018 alle Wahlen von regionalen Oberhäuptern (Gouverneuren) im ersten Durchgang mit insgesamt 109 Einträgen umfasst. Wir fanden dabei einen substanziellen und statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Dynamik der verfügbaren Realeinkommen in einer Region und der Unterstützung des Kremlkandidaten bei der Gouverneurswahl. Somit hat die soziale und

wirtschaftliche Lage in den Regionen eine beträchtliche Auswirkung auf die Wahlergebnisse von »föderalen« Kandidaten. Es ist davon auszugehen, dass eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage die Risiken für den Kreml bei Wahlen erhöht.

Ein weiteres interessantes Ergebnis unserer Studie ist, dass »Außenstehende«, also Kandidaten, die nicht in der Region geboren wurden, in der sie kandidieren, besser abschneiden als Kandidaten aus der Region selbst. Dieser Zusammenhang spiegelt sich in der aktuellen Politik des Kremls wider, Personen zu ernennen, die keine lange Vorgeschichte in und kein Detailwissen über die Region haben. In den vergangenen Jahren hat die Frequenz der Rotationen, durch die der Kreml Gouverneure austauscht, zugenommen. Die Gouverneure werden dabei so oft ausgetauscht wie seit 30 Jahren nicht mehr – zum letzten Mal waren es die Ersten Sekretäre der Regionalkomitees der KPSU, die derart massenhaft ersetzt wurden. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, dass Kandidaten ohne einen »negativen Hintergrund« in einer bestimmten Region eine saubere Bilanz vorweisen können und somit bei der Bevölkerung dort beliebter sind. Ein weiterer Grund für die vielen Ämterrotationen ist, dass der Kreml mehr Kontrolle über Kandidaten hat, die als Außenseiter in die Region kommen und somit nicht von der lokalen Elite, sondern von Moskau abhängig sind.

Die Antwort des Kremls auf den negativen Trend

Im Jahr 2020 hat sich die wirtschaftliche Lage dramatisch verschlechtert, der Lebensstandard der Bevölkerung ist stark zurückgegangen. Durch die Pandemie kam die wirtschaftliche Aktivität in vielen Bereichen zeitweise zum Erliegen, zudem fielen die Ölpreise. Im Vergleich zum Oktober 2019 gaben im Mai 2020 doppelt so viele Russen an, dass ihr Gehalt verspätet ausgezahlt oder gekürzt wurde, oder dass sie gar entlassen wurden (<https://www.levada.ru/2020/05/19/zanyatost-naseleniya/>). Seit der Krise im Jahr 2008 haben die Russen die Wirtschaft nicht mehr so schlecht bewertet. Schon vor den Coronavirus-Lockdowns war der Verbraucherstimmungs-Index im März um 20 Prozentpunkte zurückgegangen (<https://www.levada.ru/2020/04/03/dinamika-potrebitelskih-nastroenij-v-marte-2020-goda/>), was wiederum den stärksten Rückgang seit der Krise 2008 ausmachte. So schlecht wie im August 2020 stand der Index zum letzten Mal vor acht Jahren. Im zweiten Quartal des Jahres 2020 schrumpfte das BIP Russlands um 8,5 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Selbst die offiziellen Schätzungen von Rosstat gehen davon aus, dass die verfügbaren Realeinkommen um 8 Prozent zurückgehen und somit so niedrig sein werden, wie seit dem Tiefpunkt im Jahr 1999 nicht

mehr. Zudem stieg die Protestneigung bei der Bevölkerung und erreichte im Juli 2020 einen Zweijahreshöhepunkt (<https://www.levada.ru/2020/07/28/protesty-v-habarovske/>). Unsere Forschungsergebnisse legen nahe, dass sich die sinkenden verfügbaren Realeinkommen negativ auf die Unterstützung für die Kreml-Kandidaten bei den Gouverneurswahlen ausgewirkt haben könnten. Der Kreml war sich dieses Risikos bewusst und hat deswegen im Vorfeld der Regionalwahlen eine Reihe von Gesetzesänderungen verabschiedet (<https://sozd.duma.gov.ru/bill/912249-7>), die einige Beobachter als die schlechteste Veränderung der Wahlgesetzgebung seit 25 Jahren beschreiben (<https://www.golosinfo.org/articles/144538#0>). Die Anzahl der Hürden, die oppositionelle Kandidaten überwinden müssen, um gegen Kreml-Kandidaten anzutreten, ist dramatisch gestiegen. Zum Beispiel verbieten die neuen Änderungen denjenigen Personen, sich zur Wahl zu stellen, die für den Verstoß gegen einen von mehreren Dutzend Paragraphen des Strafgesetzbuchs verurteilt wurden. Hierzu gehören auch Strafen, die wegen Verstößen gegen das Versammlungsrecht verhängt wurden. Dadurch gelang es den regionalen Administrationen, die für sie möglicherweise gefährlichen Wettbewerber aufgrund von teils vorgeschobenen Vorwürfen auszuschließen. Die Prozedur für die Registrierung von Kandidaten auf der Grundlage von Unterschriften wurde ebenfalls deutlich komplizierter gestaltet, indem hier der zulässige Anteil an »Ausschuss« von 10 auf 5 Prozent reduziert wurde. In einem kürzlich veröffentlichten Bericht (http://liberal.ru/files/articles/7637/clon1Nonitoring_2020.pdf) wird geschätzt, dass die Anzahl der Kandidaten, die aus unterschiedlichen Gründen von der Wahl ausgeschlossen wurden, einen Höchststand seit dem Jahr 2016 erreicht hat. Die unmittelbare Folge dieses Systems der Registrierung von Kandidaten ist, dass neun von zehn Kandidaten von Parteien, die vorher keinen Deal mit dem Kreml geschlossen hatten, sich bei der diesjährigen Runde der Wahlen nicht auf den Stimmzetteln wiederfanden (<http://liberal.ru/reports/7650>).

Letztendlich zeugt auch die Vergiftung von Alexej Nawalny davon, wie versucht werden kann, politischen Wettbewerb zu reduzieren. Der Oppositionsführer und sein Team haben bei den September-Wahlen in einigen Regionen die Smart-Voting-Strategie zum Einsatz gebracht. Ziel dieser Strategie ist es, die Stimmen der Opposition in einem Einerwahlkreis auf denjenigen Kandidaten zu konzentrieren, der mit der größten Wahrscheinlichkeit den vom Kreml ins Rennen geschickten Kandidaten besiegen kann. Bei den Wahlen zum Moskauer Regionalparlament 2019 hatte dies 20 von 45 vom Kreml unabhängigen Kandidaten dazu verholten, Direktmandate zu gewinnen. Nawalny wurde allerdings auf dem Rückweg von Tomsk nach Moskau vergiftet.

Tomsk war eine der Regionen, in der die Smart-Voting-Kampagne sehr intensiv erfolgte.

Die Behörden haben aber auch weitere Maßnahmen eingesetzt, um die Wahlergebnisse für Kreml-Kandidaten zu pushen. Die Zustimmungswerte der Partei *Einiges Russland* sind allerdings niedrig, deswegen treten viele Kandidaten als formal Unabhängige an, anstatt sich von *Einiges Russland* nominieren zu lassen. Zudem hat der Kreml in neun von 18 Regionen die Gouverneure vor den Wahlen ausgetauscht. Die konstante Elitenrotation könnte allerdings auch dazu führen, dass dem Kreml bald die Ersatzbank zu kurz wird und das Personal ausgeht.

Die Gesetzesänderungen vom Mai 2020 ließen grundsätzlich auch elektronische Abstimmung bei allen Wahlen zu. Dies erschwert insbesondere den Zugang für unabhängige Wahlbeobachter, die überprüfen wollen, wie die Stimmen abgegeben und gezählt werden. Die Zentrale Wahlkommission hat zudem noch mehr Entscheidungsspielraum bekommen (<https://www.ridl.io/en/how-smart-is-smart-voting/>), die Prozedur und den Zeitraum für mehrtägige Wahlen vor dem eigentlichen Wahltag zu bestimmen. Somit wurde an drei Tagen gewählt, vom 11. bis zum 13. September, anstatt nur am Wahltag selbst. Die mehrtägige Abstimmung erschwert es Wahlbeobachtern, die Wahlen zu kontrollieren und Wahlbetrug zu verhindern. Dies hat das Verfassungsreferendum deutlich gemacht, das vom 25. Juni bis zum 01. Juli 2020 abgehalten wurde. In einem weiteren Schub von Gesetzesänderungen, die am 31. Juli in Kraft traten, wird die Kategorie von Personen, die bei Kommunal- und Regionalwahlen Wahlbeobachter sein können auf diejenigen eingeschränkt, die in dieser Region auch formal gemeldet sind.

Was bedeutet dies für zukünftige Wahlen?

Im Vorjahr hatte die Einschränkung des politischen Wettbewerbs den Kreml-Kandidaten zum Wahlsieg verholfen. In diesem Jahr haben zwar alle vom föderalen Zentrum unterstützten Kandidaten die Gouverneurswahlen in der ersten Runde gewonnen. Bei den Wahlen zu den Regionalparlamenten und den Stadträten sieht es allerdings für den Kreml weniger rosig aus. Erstens gewannen zwar die Kreml-Kandidaten in allen 18 Regionen, in denen direkte Gouverneurswahlen abgehalten wurden (Nur in Smolensk fiel das Ergebnis unterhalb der 60-Prozentmarke aus, in Irkutsk waren es ebenfalls nur 60,79 Prozent). Interessanterweise liegt das Durchschnittsergebnis bei den Gouverneurswahlen mit 74,8 Prozent nur knapp unter dem Ergebnis beim Verfassungsreferendum. In allen Regionen erzielten die Gouverneure ein besseres Ergebnis, als Putin in diesen Regionen bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018 erreicht hatte. In den Regionen Jüdisches Autonomes Gebiet, Kaluga, Kamtschatka und Tambow betrug die

Differenz sogar bis zu 10 bis 15 Prozentpunkte zugunsten der Gouverneure und zu Lasten Putins. Es ist davon auszugehen, dass diese Ergebnisse durch ein beispielloses Ausmaß an Wahlmanipulation erreicht wurden. Zum Beispiel gaben in den Regionen Krasnodar und Tambow mehr als 80 Prozent der Wähler ihre Stimme für den Kreml-Kandidaten ab, was wohl kaum die Realität widerspiegelt. Die Ausdehnung des Wahlzeitraums auf drei Tage hat dabei mit großer Wahrscheinlichkeit eine entscheidende Rolle gespielt. Höhere Wahlergebnisse für Kreml-Kandidaten stehen in direktem Zusammenhang mit einer höheren Wahlbeteiligung an den Tagen vor dem eigentlichen Wahltag. In Tatarstan gaben 56 Prozent der Wähler ihre Stimmen vorzeitig ab, fünf Jahre zuvor hatte dieser Wert in der Region noch bei 5 Prozent gelegen. Im Jüdischen Autonomen Gebiet gaben 58 Prozent ihre Stimme vorzeitig ab. Der russische Wahlstatistiker Sergej Schpilkin hat berechnet, dass ohne massenweise Wahlfälschung mehrere Kreml-Kandidaten bei den Gouverneurswahlen einen zweiten Durchgang hätten bewältigen müssen. Die Ergebnisse waren dort für von der Zentralregierung unterstützte Kandidaten weniger überzeugend, wo der Kreml den Wahlprozess nicht vollständig kontrollierte. Im Vergleich zum Jahr 2015 ging bei den regionalen Parlamentswahlen die Unterstützung für *Einiges Russland* im Schnitt um 11 Prozentpunkte zurück. Mehrere neue Parteien konnten sogar die Fünfprozenthürde überwinden, darunter *Neue Leute*, *Grüne Alternative* und *Für die Wahrheit*. In den Einerwahlkreisen haben rund 10 Prozent (etwa 141 von 1171) der Kandidaten, die gegen Kreml-Kandidaten antraten und durch Nawalnyjs »Smart-Voting-Strategie« unterstützt wurden, Direktmandate erringen können. Das war vor allem auf der Ebene der Stadträte der Fall (<https://votesmart.appspot.com/>). Kandidaten der Koalition *Vereinigte Demokraten* gewannen bei den Kommunalwahlen 60 Direktmandate.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die sozioökonomischen Probleme für den Kreml akkumulieren und somit die Risiken bei Wahlen in den Regionen steigen. Bisher bestand die Antwort des Kremls darin, verstärkt auf Wahlmanipulationen und -betrug zurückzugreifen. Die Regional- und Kommunalwahlen 2020 gelten auch als Testlauf für die Dumawahl im Jahr 2021, die für den Kreml äußerst wichtig ist. Zwar haben der Kreml und die Regierungen der Regionen Restriktionen und Repressionen verstärkt, um das Wahlrisiko zu minimieren. Diese Strategie könnte in der Zukunft jedoch ihre Wirkung verfehlen, wenn sich die sozioökonomische Lage weiter verschlechtert und die Opposition vermehrt Unterstützung für sich mobilisieren kann.

Auf der nächsten Seite finden Sie eine kurze Information zum englischen Original dieses Textes, Informationen über die Autorin sowie eine kurze Bibliografie.

Dieser Beitrag ist eine aktualisierte Fassung des Ponars Policy Memos »Russia's Crumbling Power Vertical: Decreasing Disposable Income Drives Discontentment«, welches am 11.09.2020 erschien. Das englische Original ist abrufbar unter <https://www.ponarseurasia.org/memo/russias-crumbling-power-vertical-decreasing-disposable-income-drives-discontentment>. Die Redaktion bedankt sich bei der Autorin für die Aktualisierung des Textes für die Russland-Analysen.

Über die Autorin:

Maria Snegovaya ist Postdoktorandin an der Virginia Polytech Institute and State University (Virginia Tech) und Gastwissenschaftlerin am Institut für Europa-, Russland- und Eurasienforschung an der George-Washington-Universität. Sie spezialisiert sich auf Vergleichende Politikwissenschaft, Internationale Beziehungen und statistische Methoden. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Rückschritte der Demokratie und die Verbreitung von Populisten und der radikalen Rechten in Europa sowie Russlands Innen- und Außenpolitik. Ihre Forschung und Analysen sind in politikrelevanten Zeitschriften und in Fachzeitschriften mit Peer-Review erschienen, unter anderem in *Democratization*, *Problems of Post-Communism* und dem *Journal of Democracy*.

Bibliografie:

- Demchenko, Oleg, and Grigorii V. Golosov. »Federalism, gubernatorial power and the incorporation of subnational authoritarianism in Russia: A theory-testing empirical inquiry.« *Acta Politica* 51.1 (2016): 61–79.
- Kozlov, Vladimir und Maria Snegovaya. »Factors of Competitiveness in Russian Gubernatorial Elections.« *Free Russia Foundation*, 2. Mai 2019. Abrufbar unter: <https://www.4freerussia.org/factors-of-competitiveness-in-russian-gubernatorial-elections-2012-2018/>.
- Sharafutdinova, Gulnaz. »Economic Crisis, Regional Finance, and Federal Response in Russia.« PONARS Eurasia Policy Memo No. 407. Abrufbar unter: <https://www.ponarseurasia.org/memo/economic-crisis-regional-finance-and-federal-response-russia>.
- Treisman, Daniel. »Putin's popularity since 2010: why did support for the Kremlin plunge, then stabilize?.« *Post-Soviet Affairs* 30.5 (2014): 370–388.
- Tucker, Joshua A., Joshua L. Tucker und Robert A. Martin. *Regional Economic Voting: Russia, Poland, Hungary, Slovakia, and the Czech Republic, 1990–1999*. Cambridge University Press, 2006.

Die öffentlichen Finanzen in den Regionen Russlands 2012–2019

Andrey Yushkov (Indiana University Bloomington, USA)

DOI: 10.31205/RA.391.03

Zusammenfassung

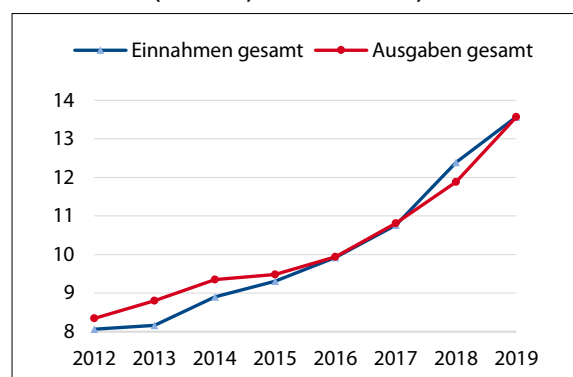
Die öffentlichen Finanzen in den Regionen Russlands haben seit 2012 eine wichtige Transformation durchlaufen. Die Struktur der Einnahmen sind zwar 2012–2019 relativ stabil gewesen, doch hat sich die Ausgabenstruktur verändert, zum Teil wegen neuer, nicht gegenfinanzierter Mandate in den Bereichen Bildung und Gesundheit und zum Teil wegen des verstärkten Einsatzes außerbudgetärer Fonds. Die Zentralregierung zeigt sich in ihrer Transferpolitik nun weniger großzügig, wodurch eine Reihe Regionen zu einer erheblichen Erhöhung ihrer Verschuldung oder einer Kürzung der Sozialausgaben gezwungen wird. Die Transparenz des subnationalen Finanzsystems hat sich ebenfalls verringert, weil vermehrt Haushaltskredite und politisch motivierte Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt eingesetzt werden, unter anderem neue Formen frei verfügbarer, nicht zweckgebundener Fördermittel und »anderer Transfers«. In den Regionen, in denen 2020 Gouverneurswahlen stattfanden, scheint es keine umfassende Transferpolitik gegeben zu haben, die speziell auf diese Regionen ausgerichtet gewesen wäre. Dafür nahmen dort intransparente Formen föderaler Unterstützung zu.

Die wichtigsten Finanztrends in den Regionen Russlands (2012–2019)

Grafik 1 unten zeigt die Entwicklung der nominalen Einnahmen und Ausgaben der konsolidierten Regionalhaushalte seit 2012. Ein konsolidierter regionaler Haushalt wird in Russland als Summe des regionalen Haushalts und der entsprechenden kommunalen Haushalte gerechnet, einschließlich der Haushalte der Städte, Stadtbezirke, kommunalen Kreise sowie der städtischen und ländlichen Siedlungen. Ein klarer Trend besteht darin, dass die regionalen Ausgaben nach Präsidentschaftswahlen gewöhnlich ansteigen. Sie sind in den Zeiträumen 2012 – 2014 und 2018 – 2019 beständig gewachsen. Die Krise von 2014/15 hatte die Regionalregierungen daran gehindert, dieses Tempo aufrecht zu erhalten. Die Ausgaben der konsolidierten Haushalte

sind – inflationsbereinigt – in den beiden Krisenjahren in der Tat zurückgegangen. Ein weiterer bemerkenswerter Trend besteht darin, dass sich die Regionalregierungen 2012 – 2015 im Schnitt einem Haushaltsdefizit gegenübersehen. Das legt nahe, dass einige der Verpflichtungen, die den Regionen 2012 durch Präsidialerlasse (die sogenannten Mai-Dekrete) auferlegt wurden, Mandate darstellten, die nicht entsprechend gegenfinanziert waren. Selbst nach dem Erhalt von Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt, mit denen die erhöhten Ausgaben gedeckt werden sollten, mussten einige Regionen eine Defizitfinanzierung und unterschiedliche Schuldeninstrumente einsetzen, um die Kluft zwischen ihren Einnahmekapazitäten und den erforderlichen Ausgaben zu überbrücken. Nach 2015 waren die konsolidierten regionalen Haushalte insgesamt meist ausgeglichen oder wiesen einen geringen Überschuss aus. Dieses Paradoxon lässt sich zum Teil durch den Umstand erklären, dass die reichsten Regionen, unter anderem Moskau, St. Petersburg und die ölfördernden Regionen in dieser letzten Phase einen Überschuss aufwiesen. Zudem begannen nach 2017 Transferzahlungen aus dem föderalen Haushalt eine größere Rolle zu spielen.

Grafik 1: Einnahmen und Ausgaben der konsolidierten regionalen Budgets, 2012–2019 (nominal, Billionen Rubel)



Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

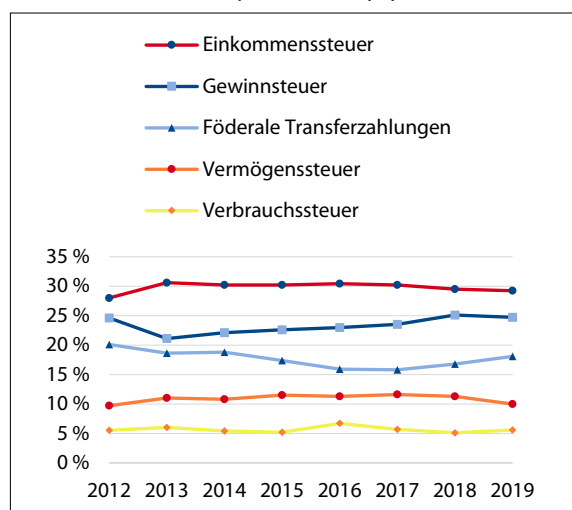
Einnahmen

Seit den frühen 2000er Jahren sind die Einkommensteuer und Gewinnsteuern der Unternehmen zwei wichtige Quellen der konsolidierten regionalen Einnahmen gewesen. Gemäß dem Haushaltsgesetzbuch Russlands sind diese Steuern zwar föderal, doch fließen die Einnahmen hieraus dann nahezu gänzlich in die regionalen und lokalen Haushalte (15 % der Einnahmen aus der Gewinnsteuer verbleiben im Zentralhaushalt). Ins-

gesamt machen sie über die Hälfte aller konsolidierten regionalen Einnahmen aus. Die Haushaltstransfers aus dem Zentralhaushalt sind die drittgrößte Einnahmequelle und bewegen sich zwischen 15 und 20 Prozent. Vermögenssteuern sind für die regionalen und lokalen Haushalte in Russland sehr viel weniger wichtig als in den meisten anderen Staaten mit föderalem Aufbau. Insgesamt machen Vermögenssteuern von Unternehmen und Privatpersonen wie auch Grundsteuern nur etwas mehr als 10 Prozent der konsolidierten regionalen Einnahmen aus, während Verbrauchssteuern, vor allem auf Benzin und alkoholische Getränke (außer Branntwein), weitere 5 Prozent zu den regionalen und lokalen Einnahmen beitragen. Insgesamt entfallen auf diese fünf Quellen rund 85–90 Prozent der konsolidierten regionalen Einnahmen. Zu anderen Einnahmearten, die für einige Regionen wichtig sind, gehören die Fördersteuer auf mineralische Rohstoffe – auch wenn der Anteil auf Öl und Gas Mitte der 2000er Jahre fast vollständig »zentralisiert« wurde – sowie verschiedene Gebühren und Abgaben.

Grafik 2 illustriert die Zusammensetzung der konsolidierten öffentlichen regionalen Einnahmen 2012 – 2019, die die Einnahmen sowohl der Regionen wie auch der Kommunen umfassen.

Grafik 2: Struktur der regionalen öffentlichen Einnahmen, 2012–2019 (%)



Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

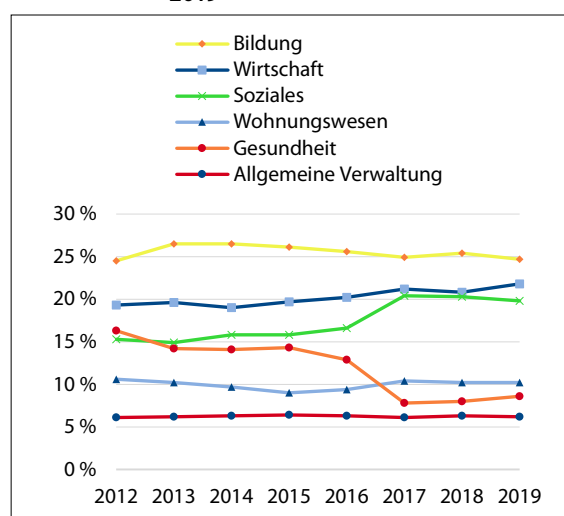
Die Struktur der regionalen und lokalen Einnahmen ist zwar relativ stabil gewesen, doch sind zwei Trends bemerkenswert. Zum einen sind die Gewinnsteuern der Unternehmen eine volatilere Einnahmequelle gewesen als die Einkommensteuer. 2013 war der Anteil der Gewinnsteuer von 25 auf fast 20 Prozent zurückgegangen, verharrte dann in den Krisenjahren 2014/15 auf diesem Niveau und erreichte erst 2018 wieder die 25 Prozent. Im Vergleich zur Mitte der 2000er Jahre,

als der Anteil bei über 30 Prozent lag, hat es also einen beträchtlichen Rückgang gegeben, der den allgemeinen wirtschaftlichen Abschwung der russischen Wirtschaft in den 2010er Jahren widerspiegelt. Zweitens ist bei den konsolidierten regionalen Einnahmen der Anteil der Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt zurückgegangen und hat (etwas überraschend) von 2014 bis 2016 den stärksten negativen Schock erfahren – in einer Zeit, als die Wirtschaft stagnierte. Michael Alexeev und Andrey Chernyavskiy haben 2018 aufgezeigt, dass die Zentralregierung in der Krise von 2014/15 sehr viel weniger großzügig reagierte als 2009, als Russland die heftigsten Nachbeben der Großen Rezession erlebte: Mitte der 2010er Jahre hatten insbesondere ärmere Regionen darunter zu leiden, dass finanzielle Hilfe aus dem Zentrum ausblieb. Eine andere Erklärung für die zurückgehenden Transferzahlungen wäre, dass Moskau seine föderale Fiskalstrategie geändert hat und jetzt andere, gewöhnlich weniger transparente Instrumente zur Finanzierung der Regionen einsetzt, auch Kredite des Zentralhaushalts (siehe weiter unten den Abschnitt *Verschuldung*).

Ausgaben

Nach der Unterzeichnung der Mai-Dekrete von 2012, die die Regionen unter anderem dazu verpflichteten, die Gehälter von Lehrern, Ärzten und anderen öffentlichen Angestellten zu erhöhen, war erwartet worden, dass die regionalen Ausgaben, insbesondere die für Humankapital, erheblich steigen würden. Allerdings stabilisierte sich die Anteile der Aufwendungen für Bildung und Gesundheit – nachdem sie 2012 – 2013 anfänglich angestiegen waren, was bei den Gesundheitsausgaben nur 2012 der Fall war – bei 26 bzw. 14 Prozent der Gesamtausgaben.

Grafik 3: Struktur der regionalen Ausgaben, 2012 – 2019



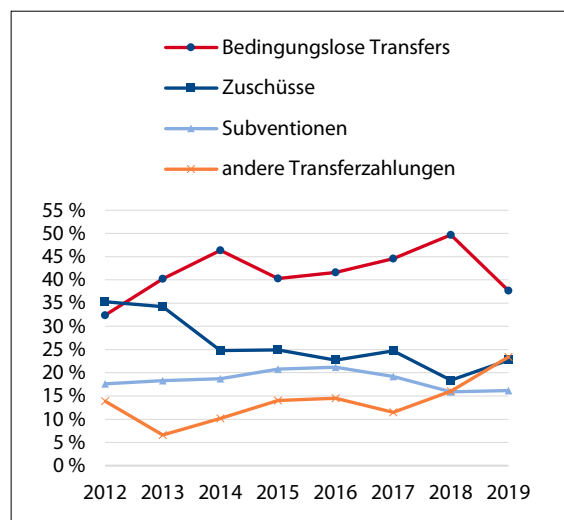
Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

Bemerkenswert ist, dass dann der Anteil der Gesundheitsausgaben drastisch zurückgegangen ist, nämlich von 13 auf unter 8 Prozent im Jahr 2017 (s. Grafik 3 auf S. 17). Der Grund für diese dramatische Veränderung war, dass die meisten Gesundheitsausgaben jetzt aus außerbudgetären Quellen finanziert wurden (insbesondere aus dem Fonds der medizinischen Pflichtversicherung): 2017 wurden 1,9 der insgesamt 2,9 Billionen Rubel der regionalen Gesundheitsausgaben aus außerbudgetären Fonds finanziert. Das gab der Zentralregierung, die diese Fonds de facto verwaltet, mehr Kontrolle und Entscheidungsfreiheit in Bezug auf den Gesundheitssektor an die Hand. Gleichzeitig stiegen die regionalen Ausgaben für soziale Sicherung von 17 auf 20 Prozent der Gesamtausgaben (von 2,2 auf 2,4 Billionen Rubel). Wiederum könnten die politischen Konjunkturzyklen eine plausible Erklärung hierfür sein: Schließlich war 2017 das Jahr vor den Präsidentschaftswahlen von 2018, und die Regionalregierungen wurden als Dienstleister der Zentralregierung eingespannt, die die dringend benötigte finanzielle Unterstützung an die Menschen verteilen sollten. Andere Ausgabenbereiche sind 2012 – 2019 relativ stabil gewesen. Die Ausgaben für die Wirtschaft (meist Straßen und Fernstraßenbau) und das Wohnungswesen (vor allem kommunale Versorgungsunternehmen) bewegten sich im Bereich von 20 bzw. 10 Prozent.

Transferzahlungen

Die Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt stellten 2012 – 2019 die instabilste Einnahmequelle der konsolidierten regionalen Haushalte dar. Während sich ihr Gesamtumfang nicht sonderlich veränderte, hat sich die Zusammensetzung der Transferzahlungen ganz beträchtlich gewandelt, wie aus Grafik 4 rechts deutlich wird. Seit den frühen 2000er Jahren hat die Zentralregierung sowohl frei verfügbare wie auch zweckgebundene Haushaltstransfers eingesetzt, um die Regionen zu unterstützen und die Politik des Zentrums auf subnationaler Ebene umzusetzen. Ursprünglich waren frei verfügbare Transfers (*dotazii*) als formelbasierte Zuschüsse dazu gedacht, die Haushaltskapazitäten der Regionen auszugleichen, ohne dass irgendwelche Ausgabenbeschränkungen errichtet wurden. Mit der Zeit unterteilte die Zentralregierung die nicht zweckgebundenen Transferzahlungen in formalbasierte Ausgleichstransfers (*dotazii na wyravniwanie byudshetnoj obespetschennosti*) und frei verfügbare Transfers zur Herstellung ausgeglichener Haushalte (*dotazii na obespetschenije sbalansirowannosti byudshetow*), die monatlich oder vierteljährlich aufgrund von Verfügungen der Zentralregierung zugeteilt wurden. Es liegt auf der Hand, dass der zweite Typ viel weniger transparent und stärker politisch motiviert war. Diese letzteren Transfers sind während der Krise von

Grafik 4: Struktur der Transferzahlungen aus dem zentralen Haushalt an die Regionen, 2012 – 2019



Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

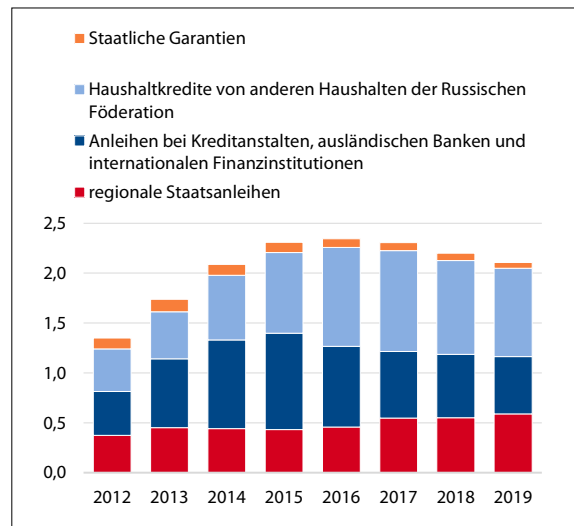
2009 umfangreich eingesetzt worden und machten in der Spitze 19 Prozent aller Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt aus (2014). Später allerdings ging ihr Anteil drastisch zurück, nämlich auf nur 2 Prozent im Jahr 2019. Grund hierfür war nicht der erhöhte Einsatz von formelbasierten Ausgleichstransfers (auch wenn deren Anteil von 24 Prozent 2012 auf 36 Prozent 2017 zunahm), sondern die Schaffung einer Reihe neuer Arten nicht zweckgebundener Transfers im Jahr 2017. Einige dieser neuen Transferarten, die bis 2019 über 8 Prozent aller föderalen Transferzahlungen ausmachten, waren regionspezifisch und naturgemäß politischer Art (etwa spezielle Transferzahlungen nach Tschetschenien oder auf die Krim), andere waren ihrem Charakter nach zweckgebunden (z. B. Transfers, mit denen die Gehälter von öffentlichen Angestellten erhöht werden sollten) und untergruben allein schon die Idee eines nicht an Bedingungen gebundenen Ausgleichs. Insgesamt wuchs der Anteil nicht zweckgebundener Transferzahlungen von 32 Prozent 2012 auf 49 Prozent 2018; ein Jahr später war er wieder auf 38 Prozent gefallen. Berechenbarkeit und Transparenz, zwei höchst wichtige Prinzipien in einem Bundesstaat mit verschiedenen staatlichen Haushalten, sind in Russland Mitte der 2010er Jahre eindeutig verletzt worden. Zuschüsse, der meistverbreitete Typ zweckgebundener Transferzahlungen, die früher eine Ko-Finanzierung regionaler Kapitalausgaben darstellten, indem entsprechende Mittel aus dem Zentralhaushalt bereitgestellt werden, nehmen tendenziell mit der Zeit ab. Nachdem es in den Jahren nach Präsidentschaftswahlen (insbesondere 2012/13) positive Schübe gegeben hatte, pendelten sie sich auf einem anhaltenden Niveau von rund 22–23 Prozent aller föderalen Trans-

fers ein. Eine andere beunruhigende Tendenz, die auf potenzielle politische Einflüsse zurückgeführt werden könnte, ist der rapide Anstieg des Anteils »anderer Transfers«. Diese Transfer-Kategorie war vor den 2010er Jahren fast zu vernachlässigen gewesen, umfasste dann aber auch einige frühere Zuschüsse (*subsidii*) und Subventionen (*subwenzii*), die zweckgebunden die Verpflichtungen der Zentralregierung (ko-)finanzieren sollten, die an die Regionen übertragen worden waren) und wuchs im Laufe der 2010er Jahre an, wobei sie 2019 mit 23 Prozent aller Transfers ihren höchsten Anteil erreichte. Andere Transferzahlungen sind weniger transparent als Zuschüsse und Subventionen, da sie erstens jährlich festgesetzt werden und daher weniger berechenbar sind; zweitens zur Finanzierung kurzfristiger Projekte eingesetzt werden, oft Mittel aus dem Reservefonds des Präsidenten umfassen und anstelle eines langfristigen Regierungsprogramms erfolgen; drittens ihrer Natur nach willkürlich sind und politischen Zwecken dienen können; und viertens die regionale Haushaltsautonomie untergraben, weil sie im Unterschied zu Zuschüssen keine Ko-Finanzierung erfordern. Insgesamt ist die Zusammensetzung der Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt noch intransparenter und empfänglicher für politische Manipulationen geworden, was einen weiteren Schritt in Richtung einer Zentralisierung des Haushaltswesens und einer Reduzierung der regionalen und lokalen Autonomie bedeutet.

Verschuldung

Angesichts des Umstandes, dass die Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt 2012 – 2016 zurückgingen, nahmen die Regionen vermehrt Schulden auf, um ihrem wachsenden Bedarf an Ausgaben und den nicht gegenfinanzierten neuen Verpflichtungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich nachzukommen. In diesen fünf Jahren wuchs die akkumulierte Verschuldung der Regionen von unter 1,5 Billionen auf über 2,3 Billionen Rubel an. Die regionale Verschuldung, insbesondere Haushaltskredite, dienten in dieser Phase als Ersatz für die zurückgehenden Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt. Auch die Struktur der Verschuldung hat sich erheblich verändert (siehe Grafik 5 rechts). Das Finanzministerium stellte den Regionen nun offensiver preiswerte Haushaltskredite zur Verfügung. Deren Volumen wuchs nominal auf mehr als das Doppelte an, nämlich von 0,4 auf fast eine Billion Rubel in der Zeit von 2012 – 2016. Verglichen mit Schuldinstrumenten auf dem freien Markt (z. B. Staatsanleihen und kommerzielle Darlehen) haben Haushaltskredite einen ausnehmend geringen Zinssatz (0,1 %), der im Endeffekt bedeutet, dass eine Region bei Rückzahlung real viel weniger begleichen muss als sie ursprünglich geliehen hatte. Kommerzielle Anleihen nahmen fast im gleichen Maße zu wie die Haushaltskredite: Regionen, die nicht in der Lage waren finanzielle

Grafik 5: Verschuldung in Russland auf subnationaler Ebene, nach Kategorien 2012–2019 (in Billionen Rubel, nominal)



Quelle: Finanzministerium Russlands

Unterstützung des Zentrums in Form von Transferzahlungen oder Haushaltskrediten zu erlangen, mussten andere, gewöhnlich kostspieligere Finanzierungsquellen finden, um nicht finanzierte Mandate der Zentralregierung abdecken und einer Umsetzung der Mai-Erlasse näherkommen zu können. Die Zinssätze kommerzieller Anleihen lagen bei weit über 10 Prozent, insbesondere während der Krise von 2014/15. Jüngste Änderungen im Haushaltsgesetzbuch bieten den Regionen sogar noch stärkere Anreize, ihre Schuldenlast zu reduzieren, da der Zugang zu Transferzahlungen und anderen Formen der Unterstützung durch das Zentrum für jene Regionen, die mehr als 10 Prozent ihrer Ausgaben zur Bedienung ihrer Schulden aufwenden müssen, nur eingeschränkt möglich sein wird. Diese Politik könnte allerdings einen weiteren Teufelskreis auslösen, da hochverschuldete Regionen den Zugang zu einem Teil der Finanzhilfen des Zentrums verlieren werden und dadurch noch mehr Anleihen aufnehmen müssen, um die laufenden Schulden zu begleichen, was wiederum in der Zukunft zu einer Serie regionaler Insolvenzen führen könnte.

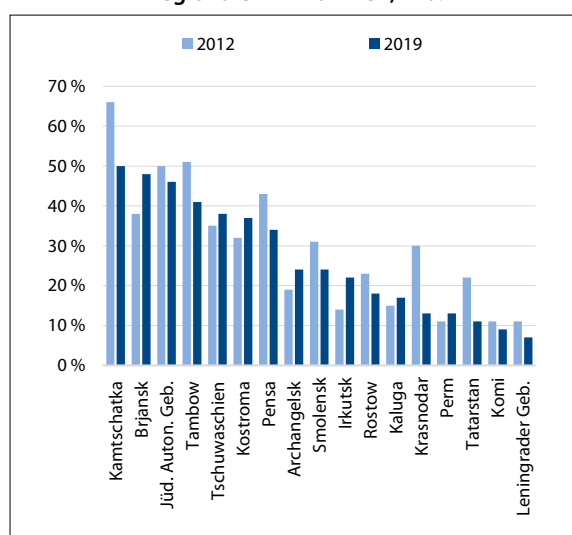
Die öffentlichen Finanzen in Regionen, in denen 2020 Gouverneurswahlen stattfanden

Bei den Gouverneurswahlen 2020 herrschte sehr viel weniger Wettbewerb als bei den Kommunalwahlen in großen Städten (insbesondere in Tomsk und Nowosibirsk) oder bei einigen Gouverneurswahlen früherer Jahre. Sämtliche Amtsinhaber und vom Zentrum ernannten geschäftsführenden Gouverneure wurden (wieder)gewählt, auch wenn die Ergebnisse nicht vollkommen einheitlich waren. Ein offensichtlicher Grund sind die massiven Wahlfälschungen und die Manipulation der Daten. Ein weiterer,

etwas raffinierterer Grund ist der, dass die Zentralregierung diese Regionen über die vergangenen Jahre hinweg zielgerichtet »versorgt« hatte, um eine (Wieder)Wahl der vom Kreml unterstützten Kandidaten sicherzustellen.

Grafik 6 zeigt die Abhängigkeit von Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt (2012 und 2019) in den Regionen, in denen 2020 Gouverneurswahlen stattfanden. Es scheint keine umfassende Transferpolitik gegeben zu haben, die speziell auf diese Regionen ausgerichtet gewesen wäre. Einige Regionen haben ihre Haushaltssituation sogar verbessert und ihre fiskalische Abhängigkeit vor allem durch einen gestiegenen Anteil

Grafik 6: Anteil der Transferzahlungen an den regionalen Einnahmen, in %



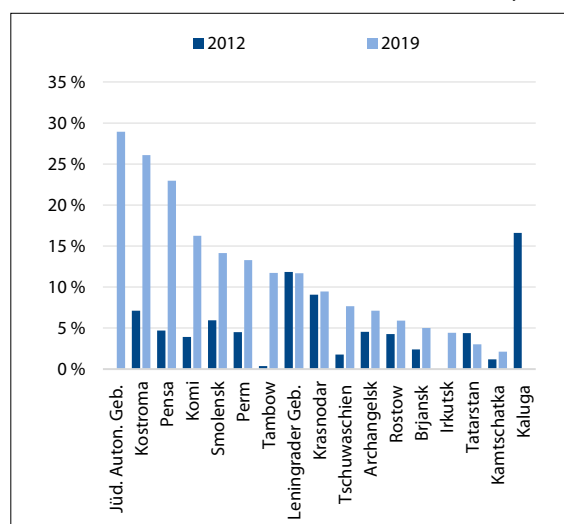
Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

der Unternehmensgewinnsteuern reduziert (Leningrader Gebiet, die Republiken Komi und Tatarstan, Region Krasnodar). Einige Regionen wurden etwas stärker von finanzieller Unterstützung aus dem Zentrum abhängig (Gebiete Brjansk, Kostroma und Archangelsk, Rep. Tschuwaschien), was anscheinend nichts mit politischen Konjunkturzyklen zu tun hatte. Nur eine Region scheint im Visier der Zentralregierung gewesen zu sein, nämlich das Gebiet Irkutsk, traditionell eine der am stärksten zu Protest neigenden Regionen. Dort ist der kommunistische Gouverneur vor kurzem durch einen vom Kreml gestützten Kandidaten ersetzt worden, der wohl zusätzliche Finanzen für seinen Wahlkampf benötigte. Der Anteil der Transferzahlungen ist in dieser Region über die vergangenen Jahre hinweg relativ gering gewesen, stieg aber 2019 beträchtlich an, nämlich auf 22 Prozent.

Betrachten wir uns allerdings den Anteil der frei verfügbaren (nicht formelbasierten) und nicht zweckgebundenen Transferzahlungen an diese Regionen etwas näher, so ergibt sich ein anderes Bild (Grafik 7). Hier war der Anteil dieser Transfers 2019 wesentlich höher als 2012. Dies spie-

gelt den allgemeinen, oben erörterten Trend wider. Einige Regionen scheinen allerdings in besonderer Weise das Ziel dieser intransparenten Formen föderaler Unterstützung gewesen zu sein. Interessanterweise gab es in denjenigen Regionen, die in höherem Maße diese Art Transferzahlungen erhielten – die ja nicht dem Finanzausgleich oder der Ko-Finanzierung von Regierungsprogrammen dienten (und somit leichter für den Wahlkampf des Amtsinhabers eingesetzt werden konnten) – bei den Wahlen 2020 eine größere Unterstützung für den amtierenden Gouverneur. In allen Regionen mit einem Anteil der frei verfügbaren

Grafik 7: Anteil der frei verfügbaren (nicht formelbasierten) Transferzahlungen an den Transfers aus dem Zentralhaushalt, in %



Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

baren, nicht zweckgebundenen Transferzahlungen von über 10 Prozent gab es einen Stimmenanteil von 70 Prozent und mehr für den Amtsinhaber (eine Ausnahme ist das Gebiet Smolensk, wo der Amtsinhaber nicht die »Partei der Macht« repräsentiert). Somit hat die Zentralregierung entweder ihre Ziele hinsichtlich der (Wieder-)Wahl erreicht, indem weniger transparente Haushalts-transfers eingesetzt wurden, die dann für die Finanzierung des Wahlkampfes des Amtsinhabers verwendet wurden, oder aber die Regionen, die mehr freie Transferzahlungen erhielten, haben öfter als andere auf Wahlbetrug und Datenmanipulationen zurückgegriffen. Jedenfalls fungieren frei verfügbare Finanzströme aus dem Zentralhaushalt an die Regionen als wichtige Mechanismen für eine politische Handhabung der Wahlen auf regionaler Ebene, die nur scheinbar einem politischen Wettbewerb gleichen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Informationen über den Autor sowie eine kurze Bibliografie finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Andrey Yushkov ist Doktorand im Fach Öffentliches Finanzwesen an der O'Neill School of Public and Environmental Affairs der Indiana University und Research Fellow am Leontief Centre in Sankt Petersburg. Er absolvierte einen M.Sc. in Wirtschaft an der Universität Bonn. Zu seinen Forschungsgebieten gehören Wirtschaft und Finanzen der Öffentlichen Hand, insbesondere die Steuerpolitik, öffentliche Verschuldung und fiskaler Föderalismus. Er hat an mehreren Weltbank-Projekten zur technischen Zusammenarbeit mitgewirkt, die sich mit öffentlicher Finanzverwaltung und Programmevaluierung in den Regionen und Kommunen Russlands befassen.

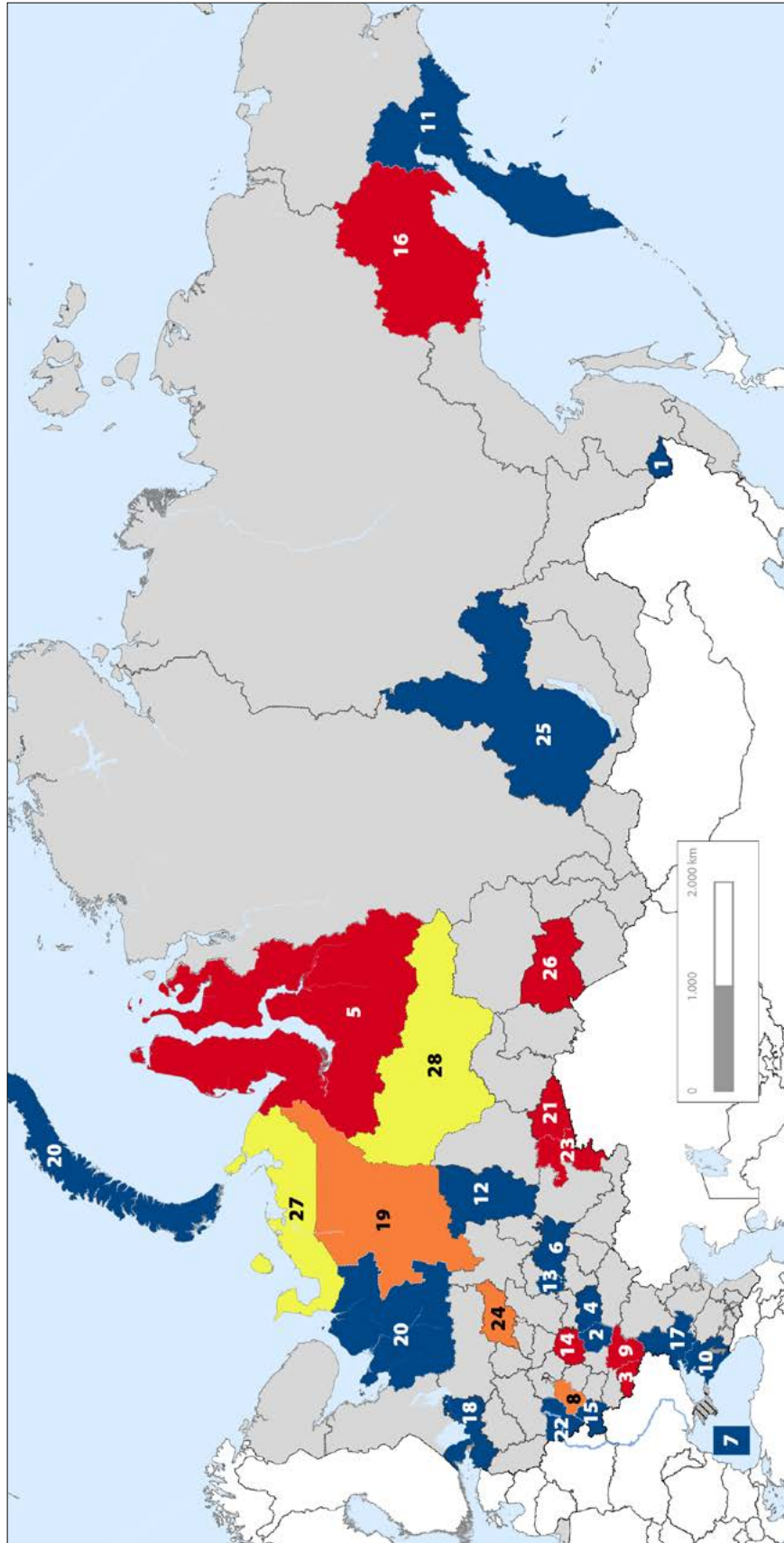
Bibliografie

- Alexeev, M. & A. Chernyavskiy. (2018). A tale of two crises: Federal transfers and regional economies in Russia in 2009 and 2014–2015, in: *Economic Systems*, 42 (2), 175–185.
- Blöchliger, H. & Alexeev, M. (2019). Fiscal Federalism in the Russian Federation and its Asian Regions. In: *Fiscal Decentralisation and Inclusive Growth in Asia* (eds. J. Kim and S. Dougherty). Paris: OECD Publishing, 179–208.
- Boadway, R. W. & A. Shah (eds). (2007). *Intergovernmental fiscal transfers: Principles and practices*. World Bank Publications.
- De Silva, M. et al. (2009). *Intergovernmental Reforms in the Russian Federation*. Washington, D.C.: The World Bank.
- Freinkman, L., & Plekhanov, A. (2009). Fiscal Decentralization in Rentier Regions: Evidence from Russia. *World Development*, 37(2), 503–512.
- Oates, W. E. (1999). An essay on fiscal federalism, in: *Journal of economic literature*, 37(3), 1120–1149.
- Yushkov, A. (2015). Fiscal Decentralization and Regional Economic Growth: Theory, Empirics, and the Russian Experience. *Russian Journal of Economics*, 1(4), 404–418.
- Yushkov, A. (2020). COVID-19 in Russia's Regions: Explaining Trends and Assessing Fiscal Risks, in: *Russian Studies Workshop Blog*, 23.07.2020. Abrufbar unter: <https://blogs.iu.edu/russianstudiesworkshop1/2020/07/23/covid-19-in-russias-regions-explaining-trends-and-assessing-fiscal-risks/>
- Yushkov, A., Savulkin, L., & Oding, N. (2017). Intergovernmental Relations in Russia: Still a Pendulum? *Public Administration Issues*, 5, 38–59.
- Zhuravskaya, E. (2010). Federalism in Russia. In: *Russia after the Global Economic Crisis* (eds. A. Aslund, S. Guriev, and A. Kuchins). Washington, DC: Peterson Institute for International Economics, 59–78.

KARTE

Gebiete und Städte der Russischen Föderation, in denen am Einheitlichen Wahltag 2020 gewählt wurde

Karte 1: Gebiete der Russischen Föderation, in denen am Einheitlichen Wahltag 2020 (13.09.2020) gewählt wurde

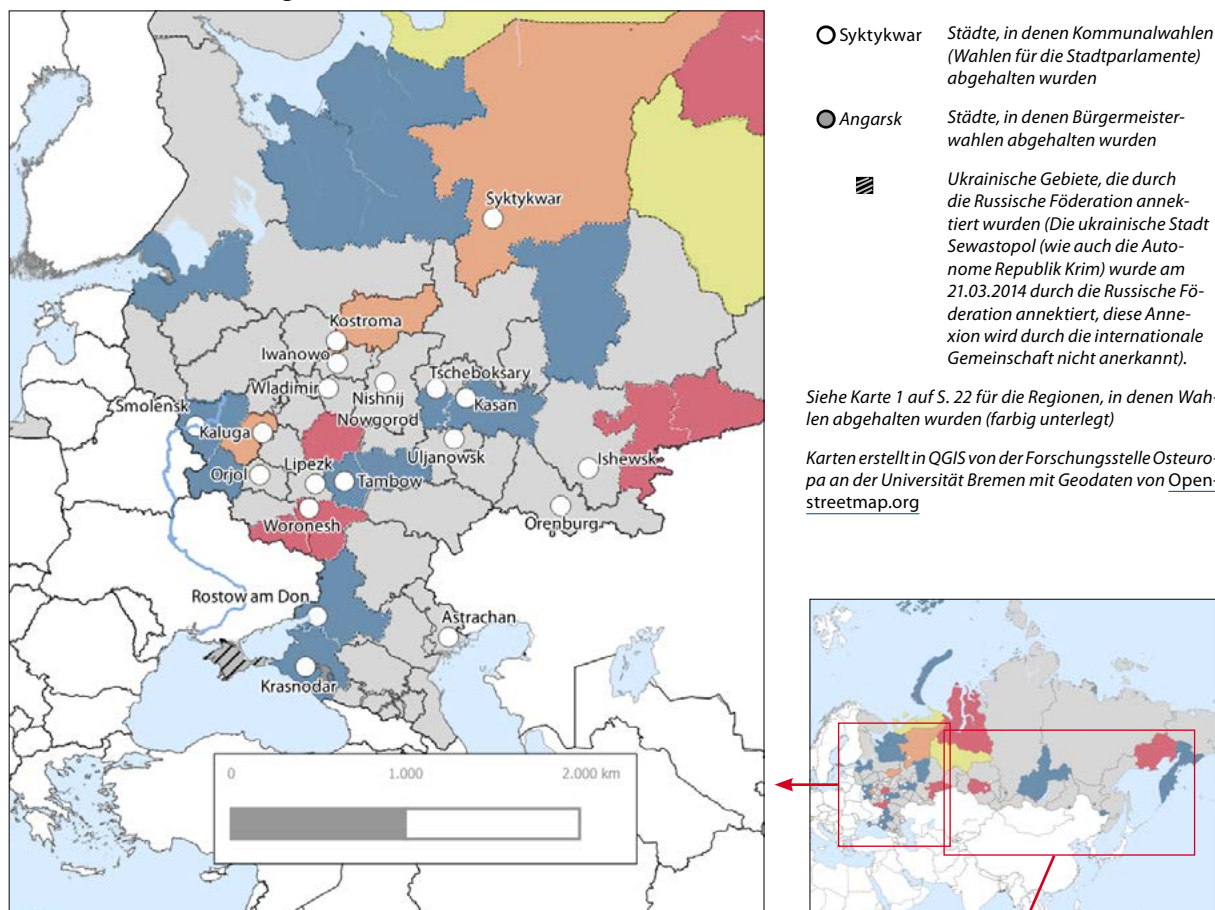


■ Gebiete, in denen Gouverneurswahlen stattfanden ■ Gebiete, in denen sowohl Gouverneurswahlen als auch Wahlen für die gesetzgebende Versammlung der Region stattfanden ■ Gebiete, in denen der Gouverneur durch die gesetzgebende Versammlung der Region gewählt wurde ■ ukrainische Gebiete, die am 21.03.2014 durch die Russische Föderation annektiert wurden*

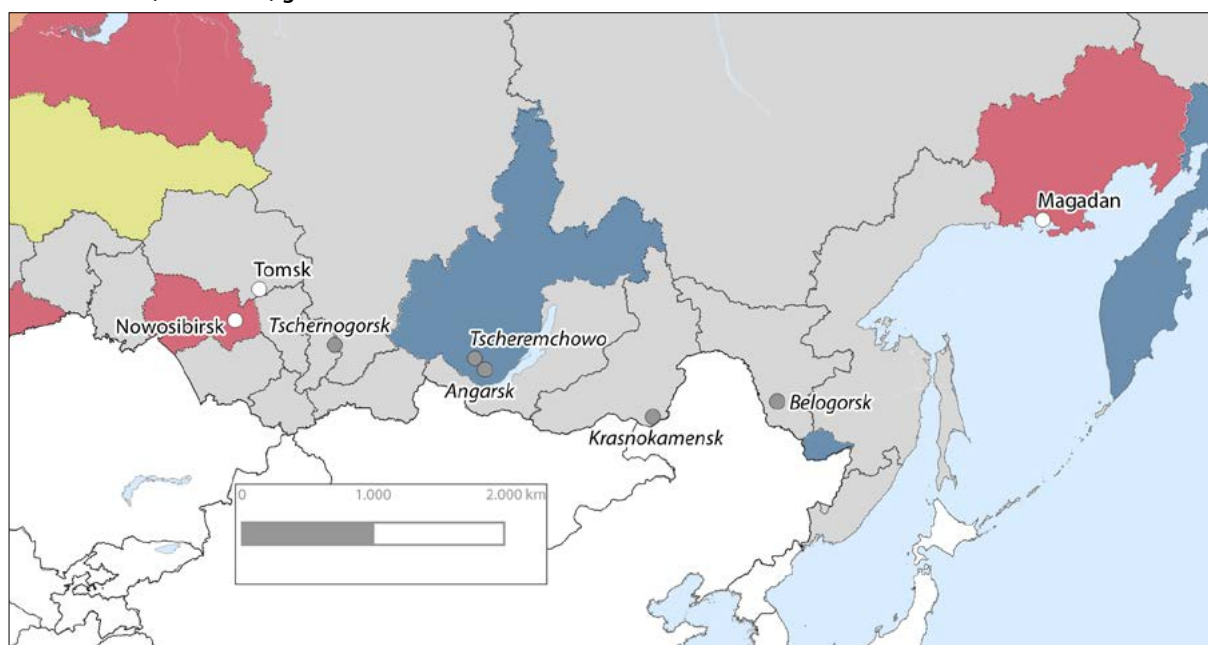
1. Jüdisches Autonomes Gebiet; 2. Tambow; 3. Belgorod; 4. Pensa; 5. Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen; 6. Tatarstan; 7. Stadt Sewastopol*; 8. Kaluga; 9. Woronesch; 10. Krasnodar; 11. Kamischatka; 12. Perm; 13. Tschuwaschien; 14. Rjasan; 15. Briansk; 16. Magadan; 17. Rostow; 18. Gebiet Leningrad; 19. Komi; 20. Archangelsk; 21. Kurgan; 22. Smolensk; 23. Tscheljabinsk; 24. Kostroma; 25. Irkutsk; 26. Nowosibirsk; 27. Autonomer Kreis der Nenzen; 28. Autonomer Kreis der Chanten und Mansen (Jugra)

* Die ukrainische Stadt Sewastopol (wie auch die Autonome Republik Krim) wurde am 21.03.2014 durch die Russische Föderation annektiert, diese Annexion wird durch die internationale Gemeinschaft nicht anerkannt.
Karte erstellt in QGIS von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit Geodaten von [Openstreetmap.org](https://www.openstreetmap.org)

Karte 2a: Städte der Russischen Föderation (westlicher Landesteil), in denen am Einheitlichen Wahltag 2020 (13.09.2020) gewählt wurde



Karte 2b: Städte der Russischen Föderation (östlicher Landesteil), in denen am Einheitlichen Wahltag 2020 (13.09.2020) gewählt wurde



Alexej Nawalny

Jan Matti Dollbaum (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

»Herr Nawalny, Sie haben das Wort.« Ein großgewachsener Mann mit kräftigem Nacken erhebt sich, denn das letzte Wort gehört ihm, dem Angeklagten. Alexej Nawalny, der kurz zuvor seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen angekündigt hat, macht die Anklagebank zu einer politischen Bühne. Seine Rede umfasst alle zentralen Punkte der Kampagne: Die allgegenwärtige Korruption, die politische Abhängigkeit der Gerichte, die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes, die so leicht zu beenden wäre. Er teilt in diesem Schlusswort die russische Gesellschaft in drei Gruppen und zeichnet damit ein scharfes Bild seiner Weltsicht. Da sind zuerst die »wenigen Tausend« an der Spitze der politischen Hierarchie, die den Reichtum des Landes unter sich aufgeteilt haben. Zweitens ist da die kleine Gruppe von Nawalnys treuen Unterstützern und Mitstreitern. Die dritte schließlich ist die größte Gruppe. Die stillen Stützen der Macht: die niedrigen Ränge im Staatsdienst, die regierungstreuen Bürger. »Sie alle könnten viel besser leben«, ruft er und wendet sich persönlich an den Richter, den Staatsanwalt, den Wachmann im Saal, »wenn Sie sich nicht fürchten würden vor denen, die unser Land ausplündern!« Wahlkampf inmitten eines Prozesses, in dem er schließlich zu fünf Jahren Haft auf Bewährung verurteilt wurde. Was treibt diesen Mann an?

Auch wenn die angriffslustig gesenkte Stirn, die aufgerissenen blauen Augen während seiner Rede zuweilen einen anderen Eindruck vermitteln mögen: Alexej Nawalny kennt die Regeln und er bedient sie virtuos. Ein Jura-Abschluss im Jahr 1997, im Anschluss ein Studium der Finanzwirtschaft und ein halbes Jahr in Yale – das sind seine formalen Qualifikationen. Dazu kommen einige Jahre Arbeit in der sozialliberalen Partei Jabloko, die ihm allerdings zu vorsichtig im Umgang mit der Regierung wurde und die ihn wegen nationalistischer Parolen im Jahr 2007 rauswarf.

Mindestens ebenso wichtig für Nawalnys Werdegang aber ist seine langjährige Erfahrung mit eigenen Unternehmen und mit den Behörden des Landes. Als Minderheitsaktionär mehrerer Staatskonzerne hat er das Recht, interne Dokumente einzufordern. Darauf baut er seine Korruptionsbeschuldigungen auf. Doch auch die Bürger des Landes bezieht er in die Aufdeckungskampagnen ein. Im Jahr 2011 gründete Nawalny den *Fond borby s korruptziei* (dt. Fonds für Korruptionsbekämpfung, FBK), der frühere Onlineprojekte zu Wohnungsbau, Straßen und Staatsaufträgen unter einem Dach verbindet. Sein Team spürt eingesandten Hinweisen nach

und klagt – oft sogar gegen hohe Staatsbeamte, zuletzt sogar Wladimir Putin selbst. Auf diese Weise hat er nicht nur ein beachtliches Netzwerk an internetaffinen Unterstützern aufgebaut, sondern auch viel Erfahrung im Umgang mit Gerichten gesammelt. Sie kommt ihm gut zupass – in seinen eigenen Verfahren.

Gerichtsverfahren und politische Ambitionen

Im Sommer 2013 lautete das Urteil im berüchtigten Kirowles-Prozess auf fünf Jahre Haft, die Strafe wurde später überraschend zur Bewährung ausgesetzt. Ein Jahr später kam eine weitere Bewährungsstrafe hinzu. Sein mitangeklagter jüngerer Bruder Oleg wurde erst im Juli 2018 nach Verbüßung des vollen Strafmaßes aus der Haft entlassen. Zahlreiche Beobachter und Analysten halten die Prozesse für politisch motiviert. Und tatsächlich spricht einiges dafür – so zum Beispiel die Tatsache, dass es Putins Vertrauter Alexander Bastrykin war, der 2012 persönlich die Wiederaufnahme des Kirowles-Prozesses in Gang brachte, obgleich das Ermittlungskomitee den Fall zu den Akten gelegt hatte. Und auch abseits von Gerichtsprozessen ist Nawalny beständigem Druck ausgesetzt, der die Staatskasse übrigens einiges kostet: In einer investigativen Reportage deckte das Medium *Projekt* im August 2020 auf, dass der Kreml über Blogger und Social-Media-Influencer eine dauerhafte mediale Kampagne gegen Nawalny führt und dass der FSB ihn zu jeder Zeit und an jedem Ort überwacht.

Doch hätte Putin von Nawalny wirklich etwas zu befürchten? Zumindest stand er im Zentrum mehrerer öffentlichkeitswirksamer Konfrontationen der letzten Jahre. Es war nicht Nawalny, der die Menschen im Jahr 2011 auf die Straße brachte – aber seine Losung von der »Partei der Gauner und Diebe« gehörte zu den prominentesten Slogans. Und er kam als Kandidat der Partei PRP-PARNAS 2013 bei der Moskauer Bürgermeisterwahl – ohne jegliche Aufmerksamkeit vieler großer Medien – auf 27 Prozent der Stimmen. Diese Teilerfolge und seine immense Gefolgschaft im Netz ermutigten ihn zum nächsten Schritt: die Präsidentschaftswahl 2018.

Schon das Urteil vom 08. Februar 2017 verhinderte formal eine offizielle Kandidatur. Doch Nawalnys Kampagne ging weiter, sein Team hoffte auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, oder doch noch eine politische Intervention. Doch am 25. Dezember schloss die Zentrale Wahlkommission Nawalny von der Präsidentschaftswahl aus. Der reagierte darauf mit

einem Boykottaufruf für die Wahl, russische Behörden überprüfen derzeit wiederum, ob dies gegen das Gesetz verstoße.

Soviel Aufregung um den potentiellen Kandidaten ist Grund genug, sich zu fragen, was Nawalny außer seinen berüchtigten, detailreichen Recherchen zu komplexen Korruptionsnetzwerken anzubieten hat.

Korruption als die Wurzel allen Übels?

Sein politisches Programm besteht aus sorgfältig austarierten, oft nicht allzu konkreten Statements. Befürworter eines starken, aktiven Staates finden Anschluss in seinen Forderungen nach Mehrausgaben für Gesundheit, Bildung und Infrastruktur, einem deutlich höheren Spitzensteuersatz, einem Mindestlohn in Höhe von 25.000 Rubel [circa 380 Euro] und einer Subventionierung von Hauskrediten für Familien. Anhänger eines zurückhaltenden Staates lockt er dagegen mit der Abschaffung jeglicher Steuern für Kleinunternehmer, einer zurückhaltenden Geldpolitik, Dezentralisierung und der Regulierung des Wohnungsbaus.

Sucht man nach früheren Positionen, die keinen Eingang in sein Wahlprogramm gefunden haben, so findet man sein Bekenntnis zum orthodoxen Glauben – und seinen Hang zum Nationalismus: Er ist bereits als Organisator und Redner beim Russischen Marsch in Erscheinung getreten und vertritt in seinem Blog eine »demokratisch«-ethnonationalistische Linie, die sich um Abgrenzung von Extremen bemüht. In einem *You-Tube-Clip* (den er später als Witz bezeichnete) setzt er kaukasische Terroristen mit Kakerlaken gleich. Von solchen Botschaften distanziert er sich mittlerweile, widerspricht ausdrücklich der Parole »Russland den Russen«.

Seine Fixierung auf Korruption als die Wurzel allen Übels, seine nationalistischen Anklänge und auch seine Teilnahme an Wahlen, die dem politischen System Funktionsfähigkeit und damit Legitimität bescheinigt, erregen dabei durchaus Anstoß in oppositionellen Milieus. Keinesfalls ist Nawalny daher der »Oppositionsführer«, als den deutsche und selbst einige russische Medien ihn zuweilen präsentieren. Aufregung im liberalen Lager erregte beispielsweise Nawalyns Aussage, die Krim sei kein Butterbrot, das man hin- und herreichen könne: Als Präsident würde er sie nicht an die Ukraine zurückgeben, sondern ein »normales« Referendum über den Status der Halbinsel abhalten. Das klingt nach einem wahlstrategischen Drahtseilakt.

Gleichwohl symbolisiert Nawalny für viele auch eine Hoffnung – unabhängig davon, dass sein politischer Handlungsspielraum beständig eingeschränkt wird, wie auch wieder durch das Urteil im zweiten Kirowles-Prozess. Was ihn von anderen Politikern abhebt, ist aber nicht so sehr sein Programm, sondern vielmehr sein rhetorisches Talent und seine kompromisslose Gegner-

schaft zur herrschenden Elite. Vereinfacht gesprochen sieht Nawalny die Lösung von Russlands Problemen in der Formel Elitenwechsel plus Justizreform.

Nawalny gleich Putin minus Korruption?

Tatsächlich ist Nawalny seinem ärgsten Gegner, Präsident Putin, in mancher Hinsicht nicht unähnlich. Wie Putin zu seinem Amtsantritt im Jahr 2000, erscheint er als eine charismatische und entschlossene Führungsfigur; mit seinem zentristischen Pragmatismus kann sich theoretisch ein breites Spektrum von Bürgern identifizieren. Und Nawalny erklärt selbst: »Ein Großteil der Dinge, die ich vorhabe, formuliert Putin auch – nur setzt er sie nicht um.« Es fällt daher auch der regierungsnahen Presse schwer, ihn den verhassten Liberalen der 1990er zuzurechnen – vor Schmähkampagnen ist er trotzdem nicht sicher.

Nawalny operiert mit den klassischen Instrumenten populistischer Rhetorik – für ihn gibt es keine horizontalen, politischen Grundsatzkonflikte, sondern nur unten gegen oben, Volk gegen Elite. In Kombination mit seinem zentristischen Programm kann das eine erfolgreiche Strategie im Kampf gegen ein Regime sein, das alles für alle zu sein vorgibt und daher ideologisch kaum zu greifen ist. Nawalny setzt dem allumfassenden Putin dasselbe allumfassende Bild entgegen. Der Unterschied: Unter Nawalny, so seine wichtigste Botschaft, arbeitet die Staatsmacht ehrlich, transparent und effizient.

Gefahr für den Kreml?

Addiert man sein Geschick im Umgang mit Social Media, seine illiberale, nationalistische Seite und seine offenkundige Willensstärke, so ergibt sich zumindest ein Potential, der Macht auf lange Sicht gefährlich zu werden. Vielleicht ist das der Grund, warum für politische Reden so oft die Anklagebank herhalten muss. Als Nawalny am Morgen des 20. August 2020 in ein Krankenhaus in Omsk eingeliefert wurde, nachdem er auf dem Rückflug von Sibirien nach Moskau das Bewusstsein verloren hatte, stand vor diesem Hintergrund schnell der Verdacht einer Vergiftung durch den Kreml im Raum. Erhärtet wird dieser Verdacht für viele dadurch, dass der Fall sich in eine reiche Vergiftungsgeschichte missliebiger Personen einreihet. Auch dass die russischen Ärzte zunächst die Diagnose einer Stoffwechselstörung stellten und die Vermutung einer Vergiftung zurückwiesen, erschien vielen als typisch für die Verschleierungstaktik des Kreml.

Nawalny wurde jedenfalls am 22. August durch die Vermittlung der Organisation Cinema for Peace und die anschließende diplomatische Unterstützung der Bundesregierung nach Deutschland ausgeflogen. Er wird zurzeit in der Berliner Charité behandelt. Dort erklärten die behandelten Ärzte am 24. August, man habe Hin-

weise auf eine Vergiftung mit Cholinesterase-Hemmern gefunden. Am 3. September 2020 erklärte Bundeskanzlerin Merkel schließlich in einem öffentlichen Statement, dass Nawalny »Opfer eines Verbrechens« geworden war: Ein Speziallabor der Bundeswehr hatte nachgewiesen,

dass der Oppositionspolitiker mit dem Nervenkampfstoff Nowitschok vergiftet worden war.

Stand: 08.09.2020

Über den Autor

Jan Matti Dollbaum ist seit März 2020 Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Post-Doc) an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Diese Publikation ist im Rahmen des internationalen Forschungsprojektes »Comparing protest actions in Soviet and post-Soviet spaces« entstanden, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung koordiniert wird.

Dieser Beitrag über Alexej Nawalny (<https://www.dekoder.org/de/gnose/alexej-nawalny>) ist Teil des Dekoder-Dossiers über den Oppositionspolitiker. Der Text wurde übernommen im Rahmen des Projektes »Wissenstransfer² – Russlandstudien«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dekoder.org mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung durchgeführt wird.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, [dekoder.org](https://www.dekoder.org) als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

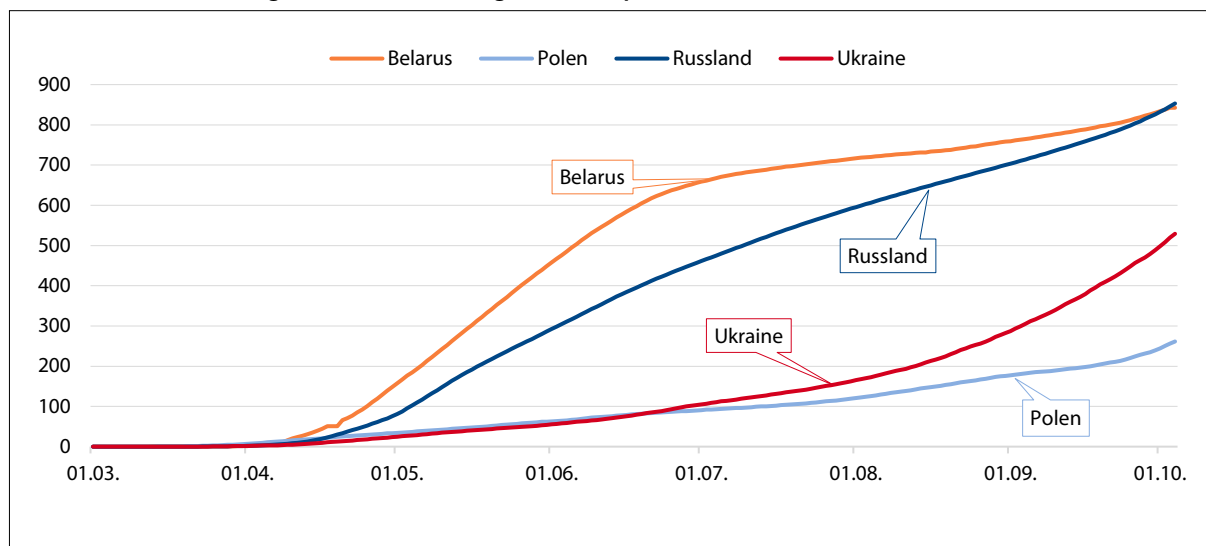
Die Redaktion der Russland-Analysen

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

STATISTIK

Covid-19 in Russland

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 4. Oktober 2020)



Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 04.10.2020, 21:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle insgesamt, 1. März – 4. Oktober 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
01.03.	1	0	2	1
02.03.	1	0	3	1
03.03.	1	0	3	1
04.03.	6	1	3	1
05.03.	6	1	4	1
06.03.	6	5	13	1
07.03.	6	5	13	1
08.03.	6	11	17	1
09.03.	6	16	17	1
10.03.	9	22	20	1
11.03.	9	31	20	1
12.03.	12	49	28	1
13.03.	27	68	45	3
14.03.	27	103	59	3
15.03.	27	119	63	3
16.03.	36	177	90	7
17.03.	36	238	114	14
18.03.	51	251	147	14
19.03.	51	355	199	16
20.03.	69	425	253	29
21.03.	76	536	306	47
22.03.	76	634	367	73
23.03.	81	749	438	73
24.03.	81	901	495	97

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
25.03.	86	1.051	658	145
26.03.	86	1.221	840	196
27.03.	94	1.389	1.036	310
28.03.	94	1.638	1.264	356
29.03.	94	1.862	1.534	475
30.03.	152	2.055	1.836	548
31.03.	152	2.311	2.337	645
01.04.	163	2.554	2.777	794
02.04.	304	2.946	3.548	897
03.04.	351	3.383	4.149	1.072
04.04.	440	3.627	4.731	1.225
05.04.	562	4.102	5.389	1.308
06.04.	700	4.413	6.343	1.319
07.04.	861	4.848	7.497	1.462
08.04.	1.066	5.205	8.672	1.668
09.04.	1.486	5.575	10.131	1.892
10.04.	1.981	5.955	11.917	2.203
11.04.	2.226	6.356	13.584	2.511
12.04.	2.578	6.674	15.770	2.777
13.04.	2.919	6.934	18.328	3.102
14.04.	3.281	7.202	21.102	3.372
15.04.	3.728	7.582	24.490	3.764
16.04.	4.204	7.918	27.938	4.161
17.04.	4.779	8.379	32.008	4.662

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle insgesamt, 1. März – 4. Oktober 2020) (Fortsetzung)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine	Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
18.04.	4.779	8.742	36.793	5.106	11.06.	51.816	28.201	501.800	29.706
19.04.	4.779	9.287	42.853	5.449	12.06.	52.520	28.577	510.761	30.415
20.04.	6.264	9.593	47.121	5.710	13.06.	53.241	29.017	519.458	31.177
21.04.	6.723	9.856	52.763	6.125	14.06.	53.973	29.392	528.267	31.851
22.04.	7.281	10.169	57.999	6.592	15.06.	54.680	29.788	536.484	32.536
23.04.	8.022	10.511	62.773	7.170	16.06.	55.369	30.195	544.725	33.209
24.04.	8.773	10.892	68.622	7.647	17.06.	56.032	30.701	552.549	33.986
25.04.	9.590	11.273	74.588	8.125	18.06.	56.657	31.015	560.321	34.833
26.04.	10.463	11.617	80.949	8.617	19.06.	57.333	31.316	568.292	35.755
27.04.	11.289	11.902	87.147	9.009	20.06.	57.936	31.620	576.162	36.615
28.04.	12.208	12.218	93.558	9.410	21.06.	58.505	31.931	583.879	37.361
29.04.	13.181	12.640	99.399	9.866	22.06.	59.023	32.227	591.465	38.056
30.04.	14.027	12.877	106.498	10.406	23.06.	59.487	32.527	598.878	38.901
01.05.	14.917	13.105	114.431	10.861	24.06.	59.945	32.821	606.043	39.852
02.05.	15.828	13.375	124.054	11.411	25.06.	60.382	33.119	613.148	40.854
03.05.	16.705	13.693	134.687	11.913	26.06.	60.713	33.395	619.936	41.975
04.05.	17.489	14.006	145.268	12.331	27.06.	61.095	33.714	626.779	42.932
05.05.	18.350	14.431	155.370	12.697	28.06.	61.475	33.907	633.563	43.856
06.05.	19.255	14.740	165.929	13.184	29.06.	61.790	34.154	640.246	44.538
07.05.	20.168	15.047	177.160	13.691	30.06.	62.118	34.393	646.929	45.254
08.05.	21.101	15.366	187.859	14.195	01.07.	62.424	34.775	653.479	45.924
09.05.	22.052	15.651	198.676	14.710	02.07.	62.698	35.146	660.231	46.821
10.05.	22.973	15.996	209.688	15.232	03.07.	62.997	35.405	666.941	47.705
11.05.	23.906	16.326	221.344	15.648	04.07.	63.270	35.719	673.564	48.628
12.05.	24.873	16.921	232.243	16.023	05.07.	63.554	35.950	680.283	49.468
13.05.	25.825	17.204	242.271	16.425	06.07.	63.804	36.155	686.852	50.053
14.05.	26.772	17.615	252.245	16.847	07.07.	64.003	36.412	693.215	50.622
15.05.	27.730	18.016	262.843	17.330	08.07.	64.224	36.689	699.749	51.457
16.05.	28.681	18.257	272.043	17.858	09.07.	64.411	36.951	706.240	52.285
17.05.	29.650	18.529	281.752	18.291	10.07.	64.604	37.216	712.863	53.116
18.05.	30.572	18.885	290.678	18.616	11.07.	64.767	37.521	719.449	53.941
19.05.	31.508	19.268	299.941	18.876	12.07.	64.932	37.891	726.036	54.647
20.05.	32.426	19.739	308.705	19.230	13.07.	65.114	38.190	732.547	55.285
21.05.	33.371	20.143	317.554	19.706	14.07.	65.269	38.457	738.787	55.931
22.05.	34.303	20.619	326.448	20.148	15.07.	65.443	38.721	745.197	56.779
23.05.	35.244	20.931	335.882	20.580	16.07.	65.623	39.054	751.612	57.640
24.05.	36.198	21.326	344.481	20.986	17.07.	65.782	39.407	758.001	58.466
25.05.	37.144	21.631	353.427	21.245	18.07.	65.953	39.746	764.215	59.333
26.05.	38.059	22.074	362.342	21.584	19.07.	66.095	40.104	770.311	60.077
27.05.	38.956	22.473	370.680	21.905	20.07.	66.213	40.383	776.212	60.767
28.05.	39.858	22.825	379.051	22.382	21.07.	66.348	40.782	782.040	61.454
29.05.	40.764	23.155	387.623	22.811	22.07.	66.521	41.162	787.890	62.295
30.05.	41.658	23.571	396.575	23.204	23.07.	66.688	41.580	793.720	63.169
31.05.	42.556	23.786	405.843	23.672	24.07.	66.846	42.038	799.499	64.173
01.06.	43.403	24.165	414.328	24.562	25.07.	67.002	42.622	805.332	65.317
02.06.	44.255	24.395	423.186	24.895	26.07.	67.132	43.065	811.073	66.261
03.06.	45.116	24.687	431.715	25.385	27.07.	67.251	43.402	816.680	67.096
04.06.	45.981	25.048	440.538	25.981	28.07.	67.366	43.904	822.060	68.030
05.06.	46.868	25.410	449.256	26.542	29.07.	67.518	44.416	827.509	69.078
06.06.	47.751	25.986	458.102	27.101	30.07.	67.665	45.031	832.993	70.300
07.06.	48.630	26.561	467.073	27.599	31.07.	67.808	45.688	838.461	71.404
08.06.	49.453	27.160	476.043	28.077	01.08.	67.946	46.346	843.890	72.609
09.06.	50.265	27.560	484.630	28.479	02.08.	68.067	46.894	849.277	73.761
10.06.	51.066	27.842	493.023	29.015	03.08.	68.166	47.469	854.641	74.781

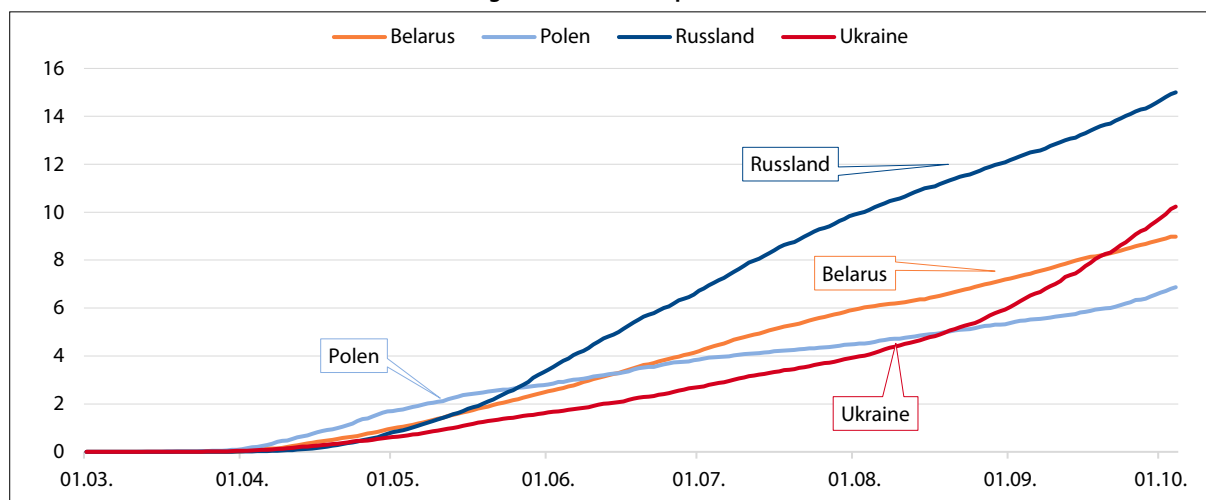
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle insgesamt, 1. März – 4. Oktober 2020) (Fortsetzung)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine	Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
04.08.	68.250	48.149	859.762	75.880	04.09.	72.485	69.820	1.011.987	134.069
05.08.	68.376	48.789	864.948	77.169	05.09.	72.663	70.387	1.017.131	136.966
06.08.	68.503	49.515	870.187	78.515	06.09.	72.859	70.824	1.022.228	139.171
07.08.	68.614	50.324	875.378	80.018	07.09.	73.031	71.126	1.027.334	141.424
08.08.	68.738	51.167	880.563	81.534	08.09.	73.208	71.526	1.032.354	143.914
09.08.	68.850	51.791	885.718	82.767	09.09.	73.402	71.947	1.037.526	146.511
10.08.	68.947	52.410	890.799	83.812	10.09.	73.591	72.453	1.042.836	149.146
11.08.	69.005	52.961	895.691	85.023	11.09.	73.784	73.047	1.048.257	152.373
12.08.	69.102	53.676	900.745	86.504	12.09.	73.975	73.650	1.053.663	155.558
13.08.	69.203	54.487	905.762	88.136	13.09.	74.173	74.152	1.059.024	158.122
14.08.	69.308	55.319	910.778	89.917	14.09.	74.360	74.529	1.064.438	160.679
15.08.	69.308	56.090	915.808	91.795	15.09.	74.552	75.134	1.069.873	163.678
16.08.	69.516	56.684	920.719	93.490	16.09.	74.763	75.734	1.075.485	166.694
17.08.	69.589	57.279	925.558	95.007	17.09.	74.987	76.571	1.081.152	170.373
18.08.	69.673	57.876	930.276	96.653	18.09.	75.230	77.328	1.086.955	173.703
19.08.	69.801	58.611	935.066	98.658	19.09.	75.461	78.330	1.092.915	177.048
20.08.	69.950	59.378	939.833	100.810	20.09.	75.674	79.240	1.098.958	180.119
21.08.	70.111	60.281	944.671	102.948	21.09.	75.898	79.988	1.105.048	182.900
22.08.	70.285	61.181	949.531	105.337	22.09.	76.104	80.699	1.111.157	185.890
23.08.	70.468	61.762	954.328	107.379	23.09.	76.357	81.673	1.117.487	189.488
24.08.	70.645	62.310	959.016	109.234	24.09.	76.651	82.809	1.123.976	192.966
25.08.	70.727	63.073	963.655	110.949	25.09.	76.957	84.396	1.131.088	196.631
26.08.	70.974	63.802	968.297	112.653	26.09.	77.289	85.980	1.138.509	200.566
27.08.	71.165	64.689	972.972	114.663	27.09.	77.609	87.330	1.146.273	203.799
28.08.	71.346	65.480	977.730	117.172	28.09.	77.946	88.636	1.154.299	206.579
29.08.	71.523	66.239	982.573	119.751	29.09.	78.260	89.962	1.162.428	210.309
30.08.	71.687	66.870	987.470	121.930	30.09.	78.631	91.514	1.170.799	214.446
31.08.	71.843	67.372	992.402	124.132	01.10.	79.019	93.481	1.179.634	218.625
01.09.	71.962	67.922	997.072	126.279	02.10.	79.421	95.773	1.188.928	223.376
02.09.	72.141	68.517	1.001.965	128.833	03.10.	79.852	98.140	1.198.663	228.161
03.09.	72.302	69.129	1.006.923	131.300	04.10.	79.852	100.074	1.209.039	232.424

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 04.10.2020, 21:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 4. Oktober 2020)

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 04.10.2020, 21:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März – 21. September 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
01.03.	0	0	0	0
02.03.	0	0	0	0
03.03.	0	0	0	0
04.03.	0	0	0	0
05.03.	0	0	0	0
06.03.	0	0	0	0
07.03.	0	0	0	0
08.03.	0	0	0	0
09.03.	0	0	0	0
10.03.	0	0	0	0
11.03.	0	0	0	0
12.03.	0	1	0	0
13.03.	0	2	0	1
14.03.	0	3	0	1
15.03.	0	3	0	1
16.03.	0	4	0	1
17.03.	0	5	0	2
18.03.	0	5	0	2
19.03.	0	5	1	2
20.03.	0	5	1	3
21.03.	0	5	1	3
22.03.	0	7	1	3
23.03.	0	8	1	3
24.03.	0	10	1	3
25.03.	0	14	3	5
26.03.	0	16	3	5
27.03.	0	16	4	5
28.03.	0	18	4	9
29.03.	0	22	8	10

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
30.03.	0	31	9	13
31.03.	1	33	17	17
01.04.	2	43	24	20
02.04.	4	57	30	22
03.04.	4	71	34	27
04.04.	5	79	43	32
05.04.	8	94	45	37
06.04.	13	107	47	38
07.04.	13	129	58	45
08.04.	13	159	63	52
09.04.	16	174	76	57
10.04.	19	181	94	69
11.04.	23	208	106	73
12.04.	26	232	130	83
13.04.	29	245	148	93
14.04.	33	263	170	98
15.04.	36	286	198	108
16.04.	40	314	232	116
17.04.	42	332	273	125
18.04.	45	347	313	133
19.04.	47	360	361	141
20.04.	51	380	405	151
21.04.	55	401	456	161
22.04.	58	426	513	174
23.04.	60	454	555	187
24.04.	63	494	615	201
25.04.	67	524	681	201
26.04.	72	535	747	209
27.04.	75	562	794	220

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März – 4. Oktober 2020) (Fortsetzung)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
28.04.	79	596	867	239
29.04.	84	624	972	250
30.04.	89	644	1.073	261
01.05.	93	651	1.169	272
02.05.	97	664	1.222	279
03.05.	99	678	1.280	288
04.05.	103	698	1.356	303
05.05.	107	716	1.451	316
06.05.	112	733	1.537	327
07.05.	116	755	1.625	340
08.05.	121	776	1.723	361
09.05.	126	785	1.827	376
10.05.	131	800	1.915	391
11.05.	135	811	2.009	408
12.05.	142	839	2.116	425
13.05.	146	861	2.212	439
14.05.	151	883	2.305	456
15.05.	156	907	2.418	476
16.05.	160	915	2.537	497
17.05.	165	925	2.631	514
18.05.	171	936	2.722	535
19.05.	175	948	2.837	548
20.05.	179	962	2.972	564
21.05.	185	972	3.099	579
22.05.	190	982	3.249	588
23.05.	194	993	3.388	605
24.05.	199	996	3.541	617
25.05.	204	1.007	3.633	623
26.05.	208	1.024	3.807	644
27.05.	214	1.028	3.968	658
28.05.	219	1.038	4.142	669
29.05.	224	1.051	4.374	679
30.05.	229	1.061	4.555	696
31.05.	235	1.064	4.693	708
01.06.	240	1.074	4.849	724
02.06.	243	1.092	5.031	733
03.06.	248	1.115	5.208	742
04.06.	253	1.117	5.376	755
05.06.	259	1.137	5.520	770
06.06.	263	1.153	5.717	785
07.06.	269	1.157	5.851	796
08.06.	276	1.166	5.963	805
09.06.	282	1.183	6.134	818
10.06.	288	1.206	6.350	841
11.06.	293	1.215	6.522	864
12.06.	298	1.222	6.705	880
13.06.	303	1.237	6.819	890
14.06.	308	1.247	6.938	899
15.06.	312	1.256	7.081	911
16.06.	318	1.272	7.274	922
17.06.	324	1.286	7.468	953
18.06.	331	1.316	7.650	976
19.06.	337	1.334	7.831	995
20.06.	343	1.346	7.992	1.004

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
21.06.	346	1.356	8.101	1.012
22.06.	351	1.359	8.196	1.022
23.06.	357	1.375	8.349	1.045
24.06.	362	1.396	8.503	1.061
25.06.	367	1.412	8.594	1.078
26.06.	373	1.429	8.770	1.097
27.06.	377	1.435	8.958	1.121
28.06.	383	1.438	9.060	1.142
29.06.	387	1.444	9.152	1.161
30.06.	392	1.463	9.306	1.173
01.07.	398	1.477	9.521	1.188
02.07.	405	1.492	9.668	1.200
03.07.	412	1.507	9.844	1.227
04.07.	418	1.512	10.011	1.243
05.07.	423	1.517	10.145	1.265
06.07.	429	1.521	10.280	1.278
07.07.	436	1.528	10.478	1.299
08.07.	443	1.542	10.650	1.323
09.07.	449	1.551	10.826	1.344
10.07.	454	1.562	11.000	1.362
11.07.	459	1.568	11.188	1.389
12.07.	464	1.571	11.318	1.400
13.07.	468	1.576	11.422	1.415
14.07.	474	1.588	11.597	1.429
15.07.	480	1.594	11.753	1.444
16.07.	485	1.605	11.920	1.462
17.07.	491	1.612	12.106	1.473
18.07.	495	1.618	12.228	1.496
19.07.	499	1.624	12.323	1.504
20.07.	503	1.627	12.408	1.517
21.07.	507	1.636	12.561	1.537
22.07.	513	1.642	12.726	1.553
23.07.	519	1.651	12.873	1.570
24.07.	524	1.655	13.026	1.591
25.07.	530	1.664	13.172	1.610
26.07.	534	1.671	13.249	1.625
27.07.	538	1.676	13.334	1.636
28.07.	543	1.682	13.483	1.650
29.07.	548	1.694	13.650	1.673
30.07.	553	1.709	13.778	1.697
31.07.	559	1.716	13.939	1.717
01.08.	563	1.721	14.034	1.733
02.08.	567	1.731	14.104	1.749
03.08.	571	1.732	14.183	1.762
04.08.	574	1.738	14.327	1.788
05.08.	577	1.756	14.465	1.813
06.08.	580	1.774	14.579	1.846
07.08.	583	1.787	14.698	1.879
08.08.	585	1.800	14.827	1.906
09.08.	587	1.807	14.903	1.925
10.08.	589	1.809	14.973	1.950
11.08.	592	1.821	15.103	1.979
12.08.	595	1.830	15.231	1.999
13.08.	599	1.844	15.353	2.023

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März – 4. Oktober 2020) (Fortsetzung)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine	Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
14.08.	603	1.858	15.467	2.042	09.09.	726	2.147	18.080	3.034
15.08.	603	1.869	15.585	2.076	10.09.	732	2.159	18.207	3.079
16.08.	610	1.877	15.653	2.100	11.09.	738	2.169	18.309	3.132
17.08.	613	1.885	15.707	2.122	12.09.	744	2.182	18.426	3.206
18.08.	617	1.896	15.836	2.152	13.09.	750	2.188	18.517	3.239
19.08.	622	1.913	15.951	2.182	14.09.	756	2.203	18.573	3.273
20.08.	627	1.925	16.058	2.225	15.09.	761	2.227	18.723	3.326
21.08.	632	1.938	16.148	2.248	16.09.	767	2.237	18.853	3.404
22.08.	637	1.951	16.268	2.286	17.09.	771	2.253	18.996	3.465
23.08.	642	1.955	16.341	2.313	18.09.	773	2.270	19.128	3.535
24.08.	646	1.960	16.406	2.335	19.09.	776	2.282	19.270	3.585
25.08.	652	1.977	16.524	2.362	20.09.	780	2.293	19.349	3.626
26.08.	657	1.994	16.638	2.399	21.09.	785	2.298	19.420	3.652
27.08.	662	2.010	16.758	2.449	22.09.	791	2.316	19.575	3.716
28.08.	667	2.018	16.866	2.499	23.09.	796	2.344	19.720	3.784
29.08.	671	2.032	16.977	2.540	24.09.	802	2.369	19.867	3.838
30.08.	676	2.033	17.045	2.575	25.09.	807	2.392	19.973	3.910
31.08.	681	2.039	17.128	2.605	26.09.	813	2.424	20.140	3.988
01.09.	686	2.058	17.250	2.654	27.09.	818	2.432	20.239	4.044
02.09.	691	2.078	17.365	2.705	28.09.	822	2.447	20.299	4.082
03.09.	696	2.092	17.479	2.759	29.09.	828	2.483	20.456	4.154
04.09.	701	2.100	17.598	2.812	30.09.	833	2.513	20.630	4.221
05.09.	705	2.113	17.707	2.863	01.10.	839	2.543	20.796	4.288
06.09.	711	2.120	17.768	2.898	02.10.	844	2.570	20.981	4.357
07.09.	716	2.124	17.818	2.930	03.10.	851	2.604	21.153	4.451
08.09.	721	2.136	17.939	2.988	04.10.	851	2.630	21.260	4.495

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 04.10.2020, 21:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 14. – 27. September 2020

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
14.09.2020	1.064.438	Nach Angaben des Covid-19-Koordinationszentrums in Moskau wurden in der Hauptstadt in den vergangenen fünf Tagen mehr als 250 Menschen gegen das Coronavirus geimpft. 75 % der Studienteilnehmer hätten keinerlei Beschwerden, etwa ein Viertel klagte über leichte Symptome.
14.09.2020		Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 5.509 auf insgesamt 1.068.320 angestiegen. Offiziell gibt es 18.635 Todesfälle.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
15.09.2020	1.069.873	Russland öffnet erstmals seit April seine Grenzen zu Südossetien. Diese waren aufgrund der Coronavirus-Pandemie geschlossen worden.
15.09.2020		Laut den Ergebnissen einer Studie der russischen Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor« zur Covid-19-Immunität der Bevölkerung auf der Halbinsel Krim sind 4,3 % der Einwohner immun gegen das Virus. Auf der Krim gab es laut offiziellen russischen Angaben bisher 3.341 Covid-19-Erkrankungen, 42 Patienten erlagen dem Virus.
15.09.2020		Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 5.529 auf insgesamt 1.073.849 angestiegen. Offiziell gibt es 18.785 Todesfälle. In Moskau wurden in den vergangenen 24 Stunden 730 neue Fälle gezählt. Dies ist der höchste Wert seit dem 30. Juni 2020. An jenem Tag wurden 745 Fälle gemeldet.
16.09.2020	1.075.485	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 5.670 auf insgesamt 1.079.519 angestiegen. Offiziell gibt es 18.917 Todesfälle.
17.09.2020	1.081.152	Das staatliche Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie »Vektor« gibt bekannt, dass es seinen gegen das Sars-Cov-2-Virus entwickelten Impfstoff in einer klinischen Studie an 3.000 Freiwilligen testen werde. Die erste klinische Studie an 86 Personen verlief bisher positiv.
17.09.2020		Der beim Einheitlichen Wahltag am 12. September 2020 in seinem Amt bestätigte Gouverneur der Region Perm, Dmitrij Machonin, wird mit einer Covid-19-Infektion ins Krankenhaus eingeliefert. Er zeige jedoch nur leichte Symptome. Dies gab der Pressedienst der Regierung bekannt.
18.09.2020	1.086.955	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 5.905 auf insgesamt 1.091.186 angestiegen. Offiziell gibt es 19.195 Todesfälle. In Moskau wurden in den vergangenen 24 Stunden 805 neue Fälle gezählt. Dies ist der höchste Wert seit dem 26. Juni 2020. An jenem Tag wurden 813 Fälle gezählt.
18.09.2020		Das operative Hauptquartier zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus beschließt die Wiederaufnahme des Flugverkehrs mit Kasachstan, Kirgisistan und Belarus ab dem 21. September 2020. Ab dem 27. September 2020 soll außerdem der Flugverkehr nach Südkorea wieder aufgenommen werden. Zunächst dürfen in einem wöchentlichen Turnus nur die Hauptstädte der genannten Länder angefliegen werden. Der Flugverkehr wurde im April 2020 aufgrund der Coronavirus-Pandemie unterbrochen.
19.09.2020	1.092.915	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 6.065 auf insgesamt 1.097.251 angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Ende Juli. Offiziell gibt es 19.339 Todesfälle.
19.09.2020		Der Gouverneur der Oblast Saratow, Walerij Radajew, ist am Coronavirus erkrankt. Dies gab sein Sprecher bekannt. In der Oblast Saratow sind nach offiziellen Angaben bisher 14.332 Menschen an Covid-19 erkrankt, 93 Patienten erlagen der Erkrankung.
20.09.2020	1.098.958	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 6.148 auf insgesamt 1.103.399 angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Ende Juli. Offiziell gibt es 19.418 Todesfälle. Von offizieller Seite wird die Zunahme der Covid-19-Fälle im Vergleich zu den Vormonaten mit der größeren Anzahl durchgeführter Tests erklärt.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
21.09.2020	1.105.048	Die erste Gruppe von 625 Freiwilligen in Russland erhält einen von der Firma »CanSino Biologics Inc.« in China entwickelten Impfstoff gegen Covid-19. Der Impfstoff mit der Bezeichnung »Ad5-nCoV« wird zurzeit in einer dritten klinischen Studie an Probanden getestet. »CanSino Biologics« war im März 2020 weltweit das erste Unternehmen, dass eine Impfstoffstudie zu einem Covid-19-Impfstoff gestartet hatte.
21.09.2020		Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 6.196 auf insgesamt 1.109.595 angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Ende Juli. Offiziell gibt es 19.489 Todesfälle.
21.09.2020		Der stellvertretende Leiter des russischen Ministeriums für Entwicklung, Kommunikation und Massenmedien, Aleksej Wolin, teilt mit, dass etwa 15.000 Printmedien, 9.000 Fernsehsender, 7.500 Online-Medien und Nachrichtenagenturen und 1.000 Druckereien staatliche Hilfe aufgrund der Coronavirus-Pandemie erhielten.
22.09.2020	1.111.157	Der Gouverneur der Region Altaj, Wiktor Tomenko, ist an Covid-19 erkrankt. Dies teilte der Pressedienst der Regierung mit. Tomenko befindet sich in häuslicher Quarantäne.
22.09.2020		Das Oberhaupt der autonomen russischen Republik Adygeja, Murat Kumpilow, ist an Covid-19 erkrankt. Er befindet sich in häuslicher Quarantäne.
22.09.2020		Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 6.215 auf insgesamt 1.115.810 angestiegen. Offiziell gibt es 19.649 Todesfälle.
22.09.2020		Die russische Kulturministerin Olga Ljubimowa begibt sich in häusliche Quarantäne, nachdem ihr Vater positiv auf das Corona-Virus getestet worden war. Ljubimowa hatte bereits im Mai 2020 eine Covid-19-Erkrankung überstanden.
23.09.2020	1.117.487	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 6.431 auf insgesamt 1.122.241 angestiegen. Offiziell gibt es 19.799 Todesfälle.
23.09.2020		Wacha Agajew, Abgeordneter der Staatsduma für die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) erliegt den Folgen einer Covid-19-Erkrankung. Agajew ist der erste Abgeordnete der Staatsduma, der einer Covid-19-Erkrankung erliegt. Er wurde 67 Jahre alt. Zurzeit sind 13 Abgeordnete aufgrund einer Covid-19-Erkrankung in stationärer Behandlung.
24.09.2020	1.123.976	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 6.595 auf insgesamt 1.128.836 angestiegen. Offiziell gibt es 19.948 Todesfälle. In Moskau überstieg die Zahl der Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden mit 1.050 das erste Mal seit Juni die 1000er-Marke.
24.09.2020		In Moskau beginnt die Impfung medizinischen Personals gegen Covid-19. Mehrere tausend Dosen Impfstoff sind laut Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin in den zivilen Verkehr gebracht. Diese sind in erster Linie für medizinisches Personal vorgesehen.
24.09.2020		Angesichts wieder steigender Covid-19-Fallzahlen verkündet der russische Präsident Wladimir Putin, nicht zu den restriktiven Maßnahmen, die im Frühjahr zur Eindämmung des Virus getroffen worden waren, zurückkehren zu wollen. Er erwarte nicht, dass dies notwendig werde, betonte er während einer Videokonferenz mit den Gouverneuren der russischen Regionen.
24.09.2020		Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin gibt bekannt, dass neben der steigenden Zahl diagnostizierter Covid-19-Fälle auch die Grippesaison begonnen habe. In den vergangenen drei Wochen hätten sich Fälle von Grippe und Erkrankungen der oberen Atemwege verdreifacht. Die Zahl der täglichen Krankenhauseinweisungen aufgrund einer Erkrankung mit Covid-19 ist in der vergangenen Woche um 30 % gegenüber der Vorwoche gestiegen.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
25.09.2020	1.131.088	Aufgrund steigender Covid-19-Infektionszahlen empfiehlt der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin Einwohnern der Stadt, die älter sind als 65 Jahre oder an chronischen Krankheiten leiden, ab Montag, den 28. September 2020, ihre Häuser nur für notwendige Besorgungen zu verlassen. Sobjanin appelliert außerdem an Unternehmen, so viele Mitarbeiter wie möglich Homeoffice zu ermöglichen.
25.09.2020		Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin kündigt an, die Kontrolle zur Einhaltung der Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln und in Geschäften zu verstärken. Die Maskenpflicht war im April als eine der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus erlassen worden.
25.09.2020		Aleksandr Nemerjuk, Handelsminister der Stadt Moskau, gibt bekannt, dass das Kaufhaus ZUM («Zentralnyj Uniwersalnyj Magasin») zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von einer Million Rubel (etwa 11.000 Euro) wegen der Verletzung der Maskenpflicht verurteilt worden sei. Das ZUM ist ein Luxuskaufhaus im Zentrum Moskaus. Nemerjuk gab ferner bekannt, dass in der jüngeren Vergangenheit bereits mehr als 15.000 Geldstrafen an Handelsunternehmen wegen ähnlicher Verstöße verhängt worden seien.
25.09.2020		Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 7.212 auf insgesamt 1.136.048 angestiegen. Offiziell gibt es 20.056 Todesfälle.
25.09.2020		Die Moskauer Stadtverwaltung beginnt mit der Aufstockung der Kapazitäten von Krankenhäusern für die Aufnahme von Patienten mit einer Covid-19-Erkrankung. Dies wird begründet mit dem starken Anstieg der Fallzahlen in den vergangenen Wochen. Bis zum 5. Oktober 2020 sollen acht große städtische Krankenhäuser zu Covid-19-Behandlungszentren umgewidmet werden. Auch drei der im Frühjahr errichteten Behelfseinrichtungen werden reaktiviert.
25.09.2020		Ab dem 28. September werden 30 % der Verwaltungsmitarbeiter der Stadt Moskau aus dem Homeoffice arbeiten. Dies gibt Bürgermeister Sergej Sobjanin bekannt. Sobjanin hatte bereits tags zuvor Moskauer Unternehmen gebeten, zur Verlangsamung der Ausbreitung des Coronavirus so viele Mitarbeiter wie möglich ins Homeoffice zu schicken.
26.09.2020	1.138.509	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin kündigt an, ab dem 27. September 2020 die zur Unterstützung älterer Menschen und chronisch Kranker zu Beginn der Coronavirus-Pandemie eingeführte Sozialhilfe erneut aufleben zu lassen. Bedürftige Menschen, die aufgrund der Pandemie ihre Wohnungen nicht verlassen können, können sich so kostenlos Lebensmittel, Medikamente und andere Güter des täglichen Bedarfs liefern lassen. Sobjanin hatte Menschen über 65 Jahren und chronisch Kranken am Vortag empfohlen, aufgrund der steigenden Covid-19-Fallzahlen das Haus nur in dringenden Fällen zu verlassen.
26.09.2020		Der Gouverneur der Oblast Moskau, Andrej Worobjow, unterzeichnet ein Dekret, mit dem er Menschen über 65 Jahren und chronisch Kranken empfiehlt, aufgrund der erneut steigenden Covid-19-Fallzahlen das Haus nur in unbedingt notwendigen Fällen zu verlassen. Außerdem sind Unternehmern aufgefordert, so viele Mitarbeiter wie möglich aus dem Homeoffice arbeiten zu lassen.
26.09.2020		Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 7.523 auf insgesamt 1.143.571 angestiegen. Offiziell gibt es 20.225 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.792 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
27.09.2020	1.146.273	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 7.867 auf insgesamt 1.151.438 angestiegen. Offiziell gibt es 20.324 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.016 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden – dies ist der höchste Anstieg in der Hauptstadt seit dem 2. Juni 2020.

* Quelle: Johns-Hopkins-Universität, Stand 04.10.2020; die Zahlen der Infizierten in den einzelnen Chronikmeldungen stammen aus Meldungen russischer Medien.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

14. – 26. September 2020

14.09.2020	Laut offiziellen Hochrechnungen gewinnt der derzeitige Gouverneur der Oblast Leningrad, Aleksandr Drosdenko, erneut die Wahl. Der Kandidat der Regierungspartei »Einiges Russland« kommt bei einer Wahlbeteiligung von 47,94 % auf 83,3 % der Stimmen.
14.09.2020	Der amtierende Gouverneur der Region Kamtschatka, Wladimir Solodow, gewinnt laut offiziellen Angaben die Wahl. Solodow war am 3. April 2020 von Wladimir Putin zum Gouverneur von Kamtschatka ernannt worden, nachdem der bisherige Gouverneur, Wladimir Iljuchin, auf eigenen Wunsch zurückgetreten war. Solodow kommt auf 80,51 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 37,15 %.
14.09.2020	Die Oberhäupter der Republik Tatarstan, der Republik Tschuwaschien, der Region Perm sowie der Oblast Pensa gewinnen nach offiziellen Angaben erneut die Wahl und bleiben damit auf ihren Posten. Dmitrij Machonin, Oberhaupt der Region Perm, vereint 75,69 % der Stimmen auf sich bei einer Wahlbeteiligung von 35,7 %. Rustam Minnichanow, Präsident der Republik Tatarstan und Kandidat der Regierungspartei »Einiges Russland« kommt auf 84,73 % der Stimmen. Auch in der Oblast Pensa bekommt der Kandidat der Regierungspartei »Einiges Russland«, Iwan Beloserzew, mit 78,72 % die Mehrheit der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 56,64 %. Oleg Nikolajew, Oberhaupt der Republik Tschuwaschien, bekommt laut offiziellen Angaben 77,1 % der Stimmen.
14.09.2020	Der Kandidat der Regierungspartei »Einiges Russland«, Rostislaw Goldstein, gewinnt laut offiziellen Angaben die Gouverneurswahl in der Jüdischen Autonomen Region mit 82,5 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 73,2 %. Goldstein war am 12. Dezember 2019 von Wladimir Putin nach dem Rücktritt von Aleksandr Lewintal zum Gouverneur ernannt worden.
14.09.2020	Nach offiziellen Angaben gewinnt der amtierende Gouverneur der Oblast Irkutsk, Igor Kobsew, die Wahl mit 60,66 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 32 %. Kobsew war am 12. Dezember 2019 nach dem Rücktritt von Sergej Lewtschenko von Präsident Wladimir Putin zum Gouverneur ernannt worden.
14.09.2020	Bei der Wahl zur Tomsker Stadtduma kommt die Regierungspartei »Einiges Russland« nach offiziellen Angaben nur auf 24,47 % der Stimmen. Damit wird die Partei nach vorläufigen Erkenntnissen nur 11 von 37 Mandaten erhalten. Acht Sitze gewinnt die »Kommunistische Partei der Russischen Föderation« (KPRF), sechs Sitze gehen an unabhängige Kandidaten, »Sprawedliwaja Rossija« (dt. »Gerechtes Russland«), »Nowyje Ljudi« (dt. »Neue Menschen«) und »Jabloko« (dt. »Apfel«) gewinnen je drei Sitze. Die »Partija Rosta« (dt. »Partei des Wachstums«) gewinnt einen Sitz. Bisher hatte »Einiges Russland« 21 von 35 Sitzen auf sich vereint.
14.09.2020	Bei der Gouverneurswahl in der Oblast Smolensk wird der amtierende Gouverneur Aleksej Ostrowskij mit 58,6 % der Stimmen wiedergewählt. Die Wahlbeteiligung lag offiziellen Angaben zufolge bei 27,4 %.
14.09.2020	Aleksandr Zybulskij, Gouverneur der Oblast Archangelsk, gewinnt die Wahl mit 69,65 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 32,64 %. Zybulski war im April 2020 zum Gouverneur der Region ernannt worden, nachdem sein Vorgänger, Igor Orlow, aufgrund andauernder Proteste gegen den Bau einer Mülldeponie zurückgetreten war.
14.09.2020	Der im Juli 2020 zurückgetretene Bürgermeister von Norilsk, Rinat Achmetschin, wird wegen Fahrlässigkeit im Zusammenhang mit dem Austritt von Öl aus einem Kraftwerk eines Tochterunternehmens von »Nornikel« Ende Mai 2020 angeklagt. Dies teilte die Generalstaatsanwaltschaft mit. Achmetschin war offiziell wegen ungenauer Informationen über Covid-19-Fallzahlen in der Stadt zurückgetreten. Seit Anfang Juni wird gegen ihn im Zusammenhang mit der Ölkatastrophe ermittelt.
14.09.2020	Der französische Ministerpräsident Emmanuel Macron teilt dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in einem Telefongespräch mit, dass auch französische Labore zu dem Schluss gekommen seien, dass der russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj mit dem Nervengift »Nowitschok« vergiftet worden sei. Macron forderte die russische Seite auf, eine transparente Untersuchung einzuleiten. Putin betonte in diesem Zusammenhang die Unangemessenheit unbegründeter Vorwürfe gegen den Kreml.
14.09.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein belarussischer Amtskollege Aleksandr Lukaschenko treffen sich in Sotschi zu Gesprächen über die Situation in Belarus. Nach der Präsidentschaftswahl Anfang August, dessen Sieg Lukaschenko für sich reklamiert, kommt es in Minsk und anderen Städten des Landes zu andauernden Massenprotesten. Die Demonstranten fordern den Rücktritt Lukaschenkos. Putin sagt im Anschluss an das vierstündige Gespräch Lukaschenko einen Kredit in Höhe von 1,5 Milliarden US-Dollar als Unterstützung zu.

14.09.2020	Die Regierungspartei »Einiges Russland« verliert bei der Wahl zum Stadtrat in Nowosibirsk die Mehrheit. Mit 44 % der Stimmen kommt sie nur noch auf 22 von 50 Sitzen. Bisher hatte sie 33 Sitze für sich beanspruchen können. Die KPRF (Kommunistische Partei der Russischen Föderation) gewinnt 12 Sitze, die LDPR (Liberal-demokratische Partei Russlands) vier. Außerdem werden 14 unabhängige Kandidaten in den Rat gewählt.
14.09.2020	Der amtierende Präsident der russischen Teilrepublik Komi, Wladimir Ujba, gewinnt die Wahl mit 73,18 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 30,16 %. Ujba war im April zum Präsidenten der Republik ernannt worden, nachdem sein Vorgänger, Sergej Gaplikow, aufgrund von Protesten gegen den Bau einer Mülldeponie zurückgetreten war.
14.09.2020	Der russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj, der seit dem 22. August 2020 aufgrund von Vergiftungserscheinungen in der Berliner Klinik »Charité« behandelt wird, muss nicht mehr künstlich beatmet werden. Dies gab ein Sprecher der Klinik bekannt.
16.09.2020	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin genehmigt Subventionen in Höhe von 1 Milliarde Rubel (etwa 11 Millionen Euro) für Unternehmen der Konsumgüterindustrie. Mit diesen soll ein Teil der Kosten für Zinszahlungen auf zwischen 2019 und 2022 gewährte Darlehen gedeckt werden.
16.09.2020	Der russische Verteidigungsminister Sergej Sjojgu trifft zu Gesprächen in der belarussischen Hauptstadt Minsk ein. Derzeit findet in Russland ein Militärmanöver mit Beteiligung belarussischer Truppen statt. Geplant ist außerdem eine viertägige Übung in Belarus im Oktober 2020 unter Beteiligung russischer, armenischer, kasachischer, kirgisischer und tadschikischer Truppen.
17.09.2020	Mitarbeiter des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj, der zurzeit aufgrund einer Vergiftung mit dem Nervengift »Nowitschok« in der Berliner Klinik »Charité« behandelt wird, geben bekannt, sie hätten eine Wasserflasche aus dem Hotelzimmer in Tomsk, in dem sich Nawalnyj kurz vor seiner Erkrankung aufgehalten habe, »beschlagnahmt«. Diese sei einem deutschen Labor zur Untersuchung vorgelegt worden, das eine Verunreinigung mit »Nowitschok« bestätigt habe.
17.09.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin verleiht Dmitrij Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates, den Orden für Verdienste um das Vaterland dritten Grades. Medwedew war Anfang des Jahres als Ministerpräsident zurückgetreten. Für ihn wurde der Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden des Sicherheitsrates geschaffen. Diesen hatte es zuvor nicht gegeben.
17.09.2020	Der Gouverneur der Oblast Belgorod, Ewgenij Sawtschenko, reicht sein Rücktrittsgesuch beim russischen Präsidenten Wladimir Putin ein. Sawtschenko ist seit Oktober 1993 Gouverneur der Oblast. Zeitgleich mit der Ankündigung seines Rücktritts wurde Denis Buzajew zu seinem ersten Stellvertreter ernannt. Es wird erwartet, dass dieser Sawtschenko als Interimsnachfolger bis zu den Wahlen im September 2021 ablösen wird. Buzajew war bis 2019 sechs Jahre lang als Berater des Gouverneurs der Oblast Moskau tätig, bevor er dann Minister für Investitionen und Innovation der Oblast Belgorod wurde.
18.09.2020	Das Meschtschanskij-Bezirksgericht in Moskau verurteilt den Leiter der Menschenrechtsorganisation »Otkrytaja Rossija« (dt. »Offenes Russland«), Andrej Piwowarow, zu einer Verwaltungshaftstrafe von zehn Tagen wegen der Organisation einer nicht genehmigten Protestaktion. Er hatte nach Ansicht des Gerichts am 1. Juli 2020 zu einer nicht genehmigten Kundgebung gegen die Verfassungsänderung aufgerufen. Piwowarow war am 17. September 2020 festgenommen worden, als er die Haftanstalt verließ, in der er eine vorangegangene 14-tägige Verwaltungshaft verbüßt hatte.
18.09.2020	Die russische Statistikbehörde »Rosstat« gibt bekannt, dass die Zahl der Menschen mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums im Vergleich zum 1. Quartal 2020 sowie zum 2. Quartal 2019 um 1,3 Millionen höher liege. 19,9 Millionen Menschen lebten mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums. Damit steigt die Armutsquote im 2. Quartal 2020 auf 13,5 %.
19.09.2020	In Chabarowsk findet eine nicht genehmigte Kundgebung zur Unterstützung des am 9. Juli 2020 festgenommenen damaligen Gouverneurs der Region, Sergej Furgal, statt. Offiziellen Angaben zufolge nahmen etwa 600 Menschen an der Demonstration teil. Vertreter der Opposition schätzten die Zahl der Teilnehmenden auf 2.500 bis 3.000.
21.09.2020	Verwandte der Opfer der mutmaßlich vom Ex-Gouverneur der Region Chabarowsk, Sergej Furgal, in Auftrag gegebenen Morde fordern 1,5 Milliarden Rubel (etwa 16,7 Millionen Euro) Entschädigung für den entstandenen »moralischen Schaden«. Furgal war am 9. Juli 2020 festgenommen worden. Er wird beschuldigt, in den Jahren 2004 und 2005 zwei Morde beauftragt zu haben.

21.09.2020	Der Leiter des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten Anti-Korruptionsfonds »Fond borby s korrupzijej« (dt. Fonds zur Korruptionsbekämpfung), Iwan Shdanow, teilt mit, dass zwei Mitarbeiter des Regionalbüros in Tomsk, das Aleksej Nawalnyj vor seiner Vergiftung im August besucht hatte, eine Vorladung erhalten hätten. Dieser würden sie nicht nachkommen. Zuvor waren bereits sieben Mitarbeiter des Regionalbüros von den Behörden befragt worden.
21.09.2020	Der nach den Folgen einer Vergiftung in der Berliner Klinik »Charité« liegende russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj fordert die russischen Behörden auf, ihm seine Kleidung, die er während seiner Einlieferung in ein Omsker Krankenhaus getragen habe, auszuhändigen. Er begründet seine Forderung damit, dass an seinem Körper Spuren des Nervengifts »Nowitschok« gefunden worden seien und dieses auch auf seiner Kleidung nachweisbar sein müsse. Diese sei deshalb ein wichtiges Beweisstück. Das russische Ermittlerteam behauptet indes, keine Spuren gefunden zu haben.
21.09.2020	Im Südwesten Russlands beginnt das Militärmanöver »Kawkas-2020« (dt. Kaukasus-2020). Daran beteiligt sind 80.000 Menschen, unter anderem auch aus China, Pakistan, Belarus und Armenien. Russland hatte im Vorfeld betont, die Übung habe keinen aggressiven Charakter, jedoch gelte sie auch als Reaktion auf ähnliche Übungen der NATO in direkter Nachbarschaft zu Russland.
21.09.2020	Der Kommandeur der russischen Fallschirmjäger, Andrej Serdjukow, trifft mit einer Division aus Tula in Belarus ein, um an dem zurzeit dort stattfindenden Manöver »Slawjanskoje bratstwo-2020« (dt. »Slawische Bruderschaft-2020«) teilzunehmen.
22.09.2020	In seiner per Video übertragenen Rede auf der 75. Sitzung der UN-Generalversammlung schlägt der russische Präsident Wladimir Putin vor, eine Konferenz zum Austausch über die Entwicklung von Impfstoffen gegen Covid-19 abzuhalten. Er erinnerte außerdem an die russische Initiative eines sogenannten »grünen Korridors« zum Austausch von lebenswichtigen Gütern wie Lebensmitteln, Medikamenten und Schutzausrüstung, abseits von Handelsbeschränkungen und Sanktionen. Er betonte desweiteren die Bedeutung der Verhandlungen über die Verlängerung des sogenannten Moskauer Vertrages (»Vertrag zur Reduzierung Strategischer Offensivwaffen«), der im Februar 2021 ausläuft.
22.09.2020	In seiner Rede vor der 75. UN-Generalversammlung fordert der französische Präsident Emmanuel Macron Russland auf, die Umstände der Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj, der zurzeit in der Berliner Klinik »Charité« behandelt wird, soweit wie möglich aufzuklären. Frankreich werde den Einsatz chemischer Waffen in Europa, Russland oder Syrien nicht tolerieren und sei zu entschlossenem Handeln bereit.
23.09.2020	Aufgrund der Ergebnisse der am 13. September 2020 durchgeführten Regionalwahlen ändert sich die Zusammensetzung des Föderationsrates. Aus dem Rat ausscheiden wird neben sieben weiteren Senatoren auch Wjatscheslaw Marchajew, bisheriger Vertreter der Oblast Irkutsk, der im Frühjahr 2020 als einziger Senator gegen den Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung gestimmt und im Sommer 2019 das Vorgehen der Behörden bei den Massenprotesten in Moskau verurteilt hatte.
23.09.2020	Die Berliner Klinik »Charité« teilt mit, dass der russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj bereits tags zuvor aus der stationären Behandlung entlassen worden sei. Nawalnyj war 32 Tage in der »Charité« behandelt worden, nachdem er Mitte August 2020 Opfer eines Giftanschlags mit einem Nervengift der »Nowitschok«-Gruppe geworden war. Zu seinem aktuellen Aufenthaltsort äußerte sich die Klinik nicht.
23.09.2020	Die Sprecherin des Auswärtigen Amtes teilt mit, dass die Voruntersuchungen im Falle der mutmaßlichen Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj Mitte August 2020 nicht abgeschlossen werden könnten. Die deutschen Behörden hätten die angefragten notwendigen Daten, unter anderem zu Laborergebnissen, bisher nicht geliefert. Ohne Abschluss der Voruntersuchungen könne jedoch kein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden.
23.09.2020	Das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, verleiht dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zu dessen 70. Geburtstag den kirchlichen Orden für Ruhm und Ehre 1. Grades. Lawrow wird für seinen herausragenden Beitrag zur Schaffung von Frieden und Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen ausgezeichnet.
23.09.2020	Bulgarien verweist zwei Mitarbeiter der russischen Botschaft des Landes. Diese werden der Spionage verdächtigt, die bulgarische Staatsanwaltschaft hat bereits Anklage erhoben. Die beiden russischen Staatsbürger sollen Daten über Pläne zur Modernisierung der bulgarischen Armee und die militärische Ausrüstung des Landes gesammelt und weitergegeben haben. Russland behalte sich das Recht einer spiegelbildlichen Antwort auf Grundlage des Wiener Abkommens über diplomatische Beziehungen vor, ließ die russische Botschaft in Sofia mitteilen.

24.09.2020	Der russische Schriftsteller Sergej Komkow nominiert den russischen Präsidenten Wladimir Putin für den Friedensnobelpreis. Bereits am 17. September 2020 war bekannt geworden, dass der russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj von verschiedenen Wissenschaftlern ebenfalls nominiert worden war. Im Laufe seiner Geschichte erhielten nur zwei Russen den Friedensnobelpreis: 1975 der Physiker und Dissident Andrej Sacharow und 1990 der erste Präsident der UdSSR, Michail Gorbatschow.
24.09.2020	Der russische Vertreter bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) fordert die deutsche Vertretung auf, innerhalb von zehn Tagen sämtliche zum Fall Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyjs zugehörigen Materialien, zur Verfügung zu stellen.
24.09.2020	Kira Jarmysch, Sprecherin des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj, der sich zurzeit aufgrund einer Vergiftung mit dem Nervengift »Nowitschok« zur Behandlung in Deutschland befindet, gibt bekannt, dass seine Moskauer Wohnung beschlagnahmt und seine Konten gesperrt worden seien. Das Moskauer Schiedsgericht hatte Nawalnyj im Juli zur Zahlung einer Geldstrafe von 29 Millionen Rubel (etwa 320.000 Euro) an eine Moskauer Schul-Catering-Firma, die dem Putin-Vertrauten Jewgenij Prigoshin gehört, verurteilt. Die Forderungsrechte kaufte Prigoshin im August 2020 auf.
24.09.2020	Kira Jarmysch, Sprecherin des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj, der sich zurzeit nach einer Vergiftung mit dem Nervengift »Nowitschok« zur Behandlung in Deutschland befindet, kündigt an, dass Nawalnyj bis zum Abschluss der geplanten Rehabilitationsmaßnahmen in Deutschland bleiben werde. Am Vortag war bekanntgeworden, dass Nawalnyj aus dem Krankenhaus entlassen worden war. Sein derzeitiger Aufenthaltsort ist nicht bekannt.
25.09.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin besucht das seit dem 21. September 2020 stattfindende Militärmanöver »Kaukas-2020« (dt. Kaukasus-2020).
25.09.2020	Der ehemalige Abgeordnete der Staatsduma, Aleksandr Karelin, wird zum Vertreter des Regionalparlaments der Oblast Nowosibirsk im Föderationsrat gewählt. Karelin ist Mitglied der Regierungspartei »Jedinaja Rossija« (dt. Einiges Russland).
25.09.2020	Irina Kasmina, ehemalige stellvertretende Chefredakteurin von »Forbes Russia«, wird stellvertretende Generaldirektorin der »Business News Media«, dem Herausgeber der Wirtschaftszeitung »Wedomosti«. Jurij Kazman, der in den vergangenen Monaten Chefredakteur der Zeitung gewesen war, verlässt das Blatt. Im Juni hatten die Redaktionsmitglieder der Zeitung nach einem Eigentümer- und Chefredakteurswechsel geschlossen ihren Rücktritt angekündigt.
25.09.2020	Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, sieht keinen Widerspruch in den Äußerungen des russischen Außenministers Sergej Lawrow und des Leiters des Auslandsgeheimdienstes (SWR) Sergej Naryschkin über das Vorhandensein des Nervengiftes »Nowitschok« in Russland. Lawrow hatte geäußert, »Nowitschok« sei in Russland nie produziert oder gelagert worden, während Naryschkin bekundet hatte, dass alle russischen Lagerbestände des Kampfstoffes vernichtet worden seien. Die Frage, ob »Nowitschok« jemals in Russland hergestellt worden sei, beantwortete Peskow nicht.
25.09.2020	Der russische Finanzminister Anton Siluanow ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden der »Sberbank« gewählt worden. Er löst damit Sergej Ignatjew ab, der diese Position seit 2002 inne hatte. Im April 2020 hatte die »Sberbank« 50 % ihrer Aktien plus eine Stammaktie an die russische Regierung übertragen. Damit ist diese Mehrheitseigner der Bank.
25.09.2020	Zum ersten Mal seit Februar 2016 steigt der Preis des Euro an der Moskauer Börse auf 91 Rubel, der Dollar wird zurzeit mit 78 Rubel gehandelt. Damit ist der Euro teurer als im März 2020, als er – verbunden mit der Sorge um die Ausbreitung des Coronavirus und aufgrund des Preiskampfes am Ölmarkt, ausgelöst durch die Erhöhung der Ölfördermenge durch Saudi Arabien vor dem Hintergrund geringer Nachfrage – auf rund 82 Rubel gestiegen war.
26.09.2020	In Chabarowsk formiert sich erneut eine nicht genehmigte Protestaktion zur Unterstützung des am 9. Juli 2020 festgenommenen damaligen Gouverneurs der Region, Sergej Furgal. Nach offiziellen Angaben beteiligten sich etwa 500 Menschen an der Aktion. Die Organisatoren sprechen von etwa 2.000 Teilnehmern. Seit dem 11. Juli 2020 finden in Chabarowsk regelmäßig Protestaktionen zur Unterstützung Furgals statt.
26.09.2020	In der Stadt Magadan und im Bezirk der Stadt Chasyn in der Oblast Magadan wird der Notstand ausgerufen. Die Gesamtfläche der Waldbrände beträgt dort zurzeit 290 Hektar.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Alica Wittschen
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

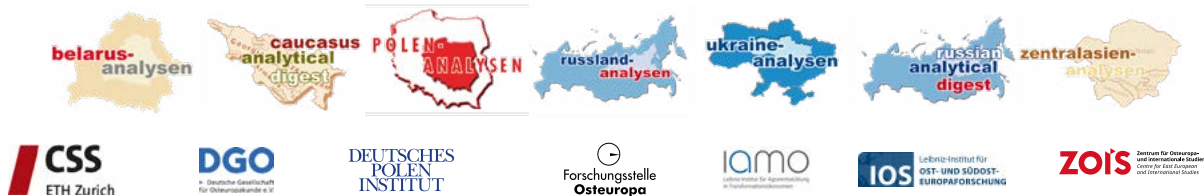
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.